

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Oktober 2006

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Deutschland und den Bundeswehr

Jonna Schürkes

„Armee der Arbeitslosen“: Sozialabbau als
Rekrutierungshilfe der Bundeswehr 3

Libanon

Claudia Haydt

Der Libanonkrieg und das Schweigen der Komplizen 8

Johannes Plotzki/Tobias Pflüger

Kaffeefahrt nach Nahost? Deutschlands robuste
Wiederkehr zur Führungsrolle 11

Lateinamerika

Jonna Schürkes

Bolivien: Hysterische Reaktionen auf eine
Nationalisierung, die keine ist 13

Congo

Christoph Marischka

Am Congo gibt's Alles! Wie über Wahlen ein
Land verscherbelt wird. 17

Afghanistan

Jürgen Wagner

Die NATO in Afghanistan: Vom Nation Building
zur globalen Aufstandsbekämpfung 20

antimilitaristische rundschau 26

Editorial:

Irgendwann muss ein Foto-Shooting stattgefunden haben. Sobald jedenfalls die Diskussion um einen deutschen Marineeinsatz im Nahen Osten aufkam, geisterten Bilder von Merkel und Jung an der Reling mit deutschen Fregatten im Hintergrund durch die Presse. Am Tag nach dem Bundestagsentscheid zur deutschen Beteiligung an UNIFIL waren dann noch weitere Bilder zu sehen, die aus längst vergangenen Tagen stammen sollten. Die Angehörigen nehmen am Kai Abschied von den Soldaten, die in den Kampfeinsatz ziehen, Merkel fordert vor diesem Hintergrund eine Erhöhung des Militäretats. Mit der jüngsten Mission wird nicht nur das letzte räumliche Tabu gebrochen - deutsche Soldaten in unmittelbarer Nähe Israels -, es kommt nun auch die deutsche Marine prominent zum Einsatz. Üben konnte sie freilich bereits zuvor im Rahmen von Enduring Freedom am Horn von Afrika unter US-Kommando

und der ebenfalls offiziell gegen Terroristen gerichteten aber kaum wahrgenommenen NATO-Operation Active Endeavour im Mittelmeer.

Von einem Tabu-Bruch hinsichtlich der schwindenden demokratischen Kontrolle von Auslandseinsätzen kann leider keine Rede mehr sein. Man muss sich allerdings fragen, bei wie viel Ablehnung in der Bevölkerung die Entsendung deutscher Soldaten noch möglich ist. Wurde schon der Einsatz in der Demokratischen Republik Congo von 59% der Bevölkerung abgelehnt, sind es bei der Libanon-Mission gar 64%. Vor diesem Hintergrund sind wir froh, neben kurzen Analysen und Updates zu diesen beiden Konflikten in dieser Ausgabe des AUSDRUCK auch wieder einmal eine grundsätzlichere Frage stellen zu können: Wer kämpft eigentlich warum in der Bundeswehr? Jonna Schürkes hat sich dafür durch die wenigen Studien über die Beweg-

gründe junger Menschen in Deutschland zur Bundeswehr zu gehen gearbeitet und erstaunlich deutliche Resultate herausgearbeitet. Je mehr sich die Bundeswehr von der Aufgabe der Landesverteidigung verabschiedet, desto mehr rekrutiert sie Menschen, die beruflich keine andere Perspektive haben. Dafür ist nach der Analyse „Armee der Arbeitslosen“ der Sozialabbau eine nahezu notwendige Bedingung.

Menschen werden also zunehmend durch wirtschaftliche Not in die Armee gedrängt während die Regierung diese in immer robustere Missionen in alle Welt entsendet. Dass dabei der Begriff des „Kapfeinsatzes“ von der Politik enttabuisiert wurde, wird auch den Realitäten in Afghanistan gerecht, wie Jürgen Wagner in seinem Beitrag deutlich macht.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haydt, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Johannes Plotzki, Tobias Pflüger, Kaffeefahrt nach Nahost?, in SoZ - Sozialistische Zeitung, Oktober 2006; Δ Arno Neuber, Flotte als Instrument, in: UZ vom 1.9.2006.

Bildnachweise: S. 4, Arbeiterfotographie; S. 5, 12, 15, Wikipedia; S. 6, Jonna Schürkes; S. 9, IMI; S. 14, Indimedia; S. 17, 21, Martina Harder; S. 23, NATO.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Christoph Marischka, Johannes Plotzki, Arno Neuber und Michael Haid sind IMI-Beiräte. Jonna Schürkes ist Praktikantin bei IMI.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

„Armee der Arbeitslosen“

Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr

von Jonna Schürkes

Immer mehr Menschen sehen sich aufgrund fehlender Berufschancen gezwungen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten und damit an riskanten Auslandseinsätzen teilzunehmen. Damit ist auch in diesem Bereich unserer Gesellschaft eine Abwälzung der Risiken auf sozial Schwache und Marginalisierte zugunsten derjenigen zu beobachten, die sich aufgrund ihrer Herkunft ohnehin schon weniger Risiken ausgesetzt sehen.

Der Zusammenhang zwischen wachsender Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Sozialabbau und zunehmenden Bundeswehreinsätzen im Ausland lässt sich nicht nur durch steigende Militärausgaben bei gleichzeitig sinkenden Sozialausgaben herstellen, wie dies im Allgemeinen geschieht. Diejenigen, denen die Sozialausgaben gekürzt werden, sind oft auch die, die bei Einsätzen im Ausland ihr Leben riskieren und die möglicherweise erst durch diese Kürzung dazu gezwungen werden.

Gleichzeitig stoßen die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf zunehmenden Widerstand. Eine Befragung der ARD ergab, dass der Kongoeinsatz von 59 Prozent der deutschen Bevölkerung abgelehnt wird.¹ Auch die betroffenen Soldaten sind von dem Sinn des Einsatzes nicht überzeugt.² Ebenso sprachen sich laut einer Emnid-Umfrage 64 Prozent der Befragten gegen den Einsatz im Libanon aus.³ Aufschlussreich sind auch die jüngsten Ergebnisse einer Studie des German Marshall Fund. Demnach wollen 65% der Deutschen der Aussage: „Die Europäische Union sollte ihre militärische Macht ausbauen, um eine größere Rolle in der Welt zu spielen“ nicht zustimmen.⁴ Trotz der Ablehnung durch die Bevölkerung nimmt die Zahl und Intensität der Auslandseinsätze permanent zu und immer mehr Soldaten müssen an solchen Einsätzen teilnehmen.

Hier soll zum einen dargestellt werden, warum sich Jugendliche bei der Bundeswehr verpflichten und damit auch an Auslandseinsätzen teilnehmen müssen. Zum anderen soll der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und steigenden Bewerbungen bei der Bundeswehr und die Rolle der

Agentur für Arbeit in diesem Zusammenhang beleuchtet werden.

„Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“

Es gibt kaum Studien über die Motivation sich bei der Bundeswehr zu verpflichten bzw. sich freiwillig für Auslandseinsätze zu melden. Nina Leonard klagt in ihrem Lehrbuch Militärsoziologie – eine Einführung: „Zum Soldatenberuf in der Bundesrepublik liegen nur wenige wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse vor. Die Zahl der Arbeiten, die dies anhand eines systematischen theoretischen Zugangs, mittels fundierter methodischer Instrumente und auf einer soliden empirischen Basis tun, ist noch geringer. So steht etwa eine berufssoziologische Analyse des ‚Arbeitsplatzes Bundeswehr‘ nach wie vor aus.“⁵ Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt zwar regelmäßig Umfragen unter Jugendlichen zum Thema „Berufswahl Jugendlicher und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“ durch, die Ergebnisse der jüngsten Studie stehen jedoch ausschließlich dem Verteidigungsministerium als Auftraggeber zur Verfügung.

Es ist aber über die Auswertung älterer Untersuchungen und Befragungen von Auszubildenden und Studenten bei der Bundeswehr möglich, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Die zur Verfügung stehenden Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Jugendlichen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, dies vor allem aus ökonomischen Gründen und weniger aus Überzeugung tun (was einer der Gründe sein könnte, warum die Studien nicht öffentlich sind). Im Jahr 2003 konnten sich ca. 30% der männlichen Jugendlichen eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen, wobei über die Hälfte davon dies nur „unter Umständen“ tun würde. Dieses „unter Umständen“ erklärt sich daraus, dass 30% angeben, sie würden sich verpflichten, da sie keine Möglichkeit sehen, einen anderen Ausbildungsplatz zu bekommen. Über 70% der Jugendlichen, die Interesse am Soldatenberuf haben, geben an, sie würden vor allem aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit zur Bundeswehr gehen, fast 60% nennen die guten Einkommensmöglichkeiten als

Grund. Im Gegenzug geben fast 90% der Jugendlichen, die sich nicht bei der Bundeswehr verpflichten wollen, hierfür als Grund an, sie könnten mit einem besseren Arbeitsplatz rechnen.⁶ Leonhard fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen: „Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. [...] Wer über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht.“⁷

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei denjenigen, die sich verpflichten und bei der Bundeswehr eine Ausbildung machen bzw. an einer Bundeswehr-Universität studieren. Eine Befragung von Studenten der Bundeswehr-Universitäten Hamburg und München aus dem Jahr 2002 kommt zum Ergebnis, dass fast 70% der Studenten den Beruf des Soldaten nicht gewählt hätten, wenn ihnen dadurch nicht ein Studium ermöglicht worden wäre.⁸ Der Präsident der Wehrbereichsabteilung Ost, Hinrich Michael Schrömbgens, erklärte im April 2005 in Halle: „[Die Ausbildung bei der Bundeswehr] bietet Jugendlichen eine einmalige Chance auf einen Ausbildungsplatz mit attraktiver Zukunftsperspektive, der anderswo auf dem freien Markt kaum zu finden ist.“⁹ Von denjenigen, die sich verpflichten, um eine Ausbildung bei der Bundeswehr zu machen, waren 27% laut einer Umfrage von Unteroffizieren aus dem Jahr 2002 zuvor arbeitslos. Zudem, so die Untersuchung, könne man einen Zusammenhang feststellen, zwischen erlebter Arbeitslosigkeit und Verpflichtungszeit: „Wer vor der Bundeswehr arbeitslos war, neigte überrepräsentativ stark zu einer längeren Verpflichtungszeit.“¹⁰

Steigende Arbeitslosenzahlen - ein Hoffnungsschimmer für die Bundeswehr

Auch wenn die unterschiedlichen Studien und Umfrageergebnisse kaum miteinander zu vergleichen sind, da jedes Mal andere Methoden angewendet wurden, so sind sich diejenigen, die die Studien durchgeführt haben, darüber einig, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes, das Gehalt und die Weiterbildungsmöglichkeiten an Bedeutung gewonnen haben.¹¹

Noch im Mai 2000 berichtete die Berliner Zeitung zwar noch von sinkenden Bewerberzahlen, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass dies wohl aufgrund der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt kein dauerhaftes Problem der Bundeswehr sein würde. Als Begründung für den Rückgang an Bewerbungen werden die zunehmenden Bundeswehreinsätze im Ausland genannt.¹² Doch nachdem sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, dass deutsche Soldaten in aller

Welt unterwegs sind, nehmen die Bewerberzahlen wieder zu. Der Stern meldete im Juni 2005 unter dem Titel „Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit“, dass die Zahl der Bewerber kontinuierlich ansteigt.¹³ Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt könnte jedoch zu Problemen bei der Nachwuchsgewinnung führen, wie dasselbe Magazin im April 2006 meldete.¹⁴ Für das Jahr 2006 muss die Bundeswehr jedoch nicht damit rechnen, weniger Freiwillige rekrutieren zu können. Wie die Berliner Zeitung im Januar diesen Jahres meldete, werde die Bundeswehr zu einer „Armee der Arbeitslosen“. Mehr als jeder Dritte einberufene Wehrpflichtige sei zuvor arbeitslos gemeldet gewesen. Der Run auf die Bundeswehr sei vor allem auf die Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen, so ein Sprecher der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg.¹⁵

Soziale und regionale Unterschiede

Die Tatsache, dass sich junge Leute aus ökonomischen Gründen, bzw. aufgrund fehlender Chancen verpflichten, lässt bereits vermuten, dass es sich größtenteils um Jugendliche aus sozial schwachen Familien und mit schlechteren Schulabschlüssen handelt. Allgemeine Daten über die soziale Herkunft von Zeitsoldaten stehen nicht zur Verfügung, wohl aber über diejenigen, die an einer Bundeswehr-Universität studieren. Die oben bereits erwähnte Studie der Bundeswehr Universität Hamburg kommt zu dem Ergebnis, dass Studenten der Bundeswehr-Universitäten in München und Hamburg eher aus sozial schwächeren Familien stammen, als Studenten anderer Universitäten: „[...] der Offizierberuf [bietet] insbe-

sondere für die Studenten aus den mittleren und niedrigen sozialen Herkunftsgruppen Chancen des Aufstiegs“.¹⁶ Die Befragung von Unteroffizieren im Jahr 2002 ergab, dass fast 90% einen Hauptschul- (ca.40%) bzw. Realschulabschluss (ca. 50%) hatten, nur etwas mehr als 10% die Fachhochschulreife oder Abitur.¹⁷ „Fast man die vorliegenden Erkenntnisse zusammen, dann lässt sich sagen, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber gegenwärtig in erster Linie für Haupt- und Realschüler mit oftmals geringen beruflichen Alternativen, die sich von der Armee Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten versprechen, interessant ist. Demgegenüber nehmen viele Abiturienten die Streitkräfte als Beschäftigungsfeld erst gar nicht wahr“¹⁸, so Nina Leonhard in ihrer Untersuchung zum Klientel der Bundeswehr.

Es zeigt sich zudem, dass sich vor allem Jugendliche aus Ostdeutschland verpflichten und dies in erster Linie in Regionen, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht: „Unter den anderen Jugendlichen [die sich eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen können] ist die Bundeswehr vor allem als Arbeit- und Ausbildungsgeber aufgrund der unsicheren Arbeitsmarktlage, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung interessant. Während in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit das Interesse am Soldatenberuf steigt, ist in Gegenden mit guter Arbeitsmarktlage mit Rekrutierungsproblemen zu rechnen.“¹⁹

Dabei stehe die Bundeswehr in Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft. André Heikenroths Umfrage von Unteroffizieren zeigt, dass die Anzahl der Bewerbungen

als Zeitsoldat eng mit der wirtschaftlichen Situation in der Region zusammenhängt. „In den norddeutschen und ostdeutschen Wehrbereichen und Bundesländern besitzt demnach die Bundeswehr - nicht zuletzt wegen der hohen Arbeitslosigkeit - weit größere Anziehungskraft als im wirtschaftlich prosperierenden Südwesten. Hier scheint zwar der Dienst in der Bundeswehr als durchaus vorstellbar, aber angesichts der vielfältigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft befindet sich die Bundeswehr in dieser Region in einem sehr ausgeprägten Konkurrenzverhältnis mit anderen potentiellen Arbeitgebern.“²⁰

Die Schattenseite des Jobs: Auslandseinsätze

Der Wehrdienstberater der Bundeswehr in Neuwied, Lothar Melms wies bei einer Werbeveranstaltung der Bundeswehr auf die Schattenseiten des Soldatenberufs hin: „Wer Soldat werden will, der muss mobil sein. Und das nicht nur innerhalb Deutschlands – zunehmend wird der Dienst auch im Ausland geleistet.“²¹ Jeder, der sich bei der Bundeswehr verpflichtet, erklärt sich automatisch dazu bereit, an Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilzunehmen. „Seit Beginn der 1990er Jahre beteiligt sich die Bundeswehr zunehmend an Auslandseinsätzen: Die Zahl der Einsätze, ihr personeller und materieller Umfang, die Aufgabenstellungen und die daraus resultierende Verantwortung sind dabei kontinuierlich gewachsen [...] die Gefährdung für Leib und Leben der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten [hat sich] vergrößert.“²² Laut dem Bericht des Wehrbeauftragten von



2005 haben bereits mehr als 195 000 Soldaten an Auslandseinsätzen teilgenommen.²³ Die Bundeswehr verfügt derzeit über 254 000 Soldaten, wobei 67 000 Wehrpflichtige sind, die bisher nicht für Auslandseinsätze verpflichtet werden können.²⁴ Die Wahrscheinlichkeit im Ausland stationiert zu werden ist demnach extrem hoch und steigt weiter. Bis Februar 2006 waren 63 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen²⁵, zahlreiche wurden dabei verletzt und die Bundeswehr klagt über immer mehr durch Auslandseinsätze traumatisierte Soldaten.²⁶ Dass sich angesichts dieser Entwicklung die Begeisterung für den Soldatenberuf in Grenzen hält, ist allzu verständlich.

Nun sind dies keine erstaunlichen Erkenntnisse. Man kann sich denken (und wird durch Gespräche mit Personen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten darin bestätigt), dass ein großer Teil nicht zur Bundeswehr geht, weil er so scharf darauf ist, irgendwelche „deutsche Interessen“ in den verschiedensten Teilen der Welt zu verteidigen und dabei sein Leben zu riskieren oder sich einer Struktur unterzuordnen, in der die eigene Meinung nichts zählt und in der man blind den Befehlen anderer zu gehorchen hat.

Die empirisch belegten Erkenntnisse bekommen jedoch angesichts zunehmender Auslandseinsätze im Ausland und der damit verbundenen Gefahren für die Bundeswehrsoldaten, vor allem im Lichte von Hartz IV und rasantem Sozialabbau eine zusätzliche Brisanz. Anzeigen der Bundeswehr heben die Vorteile, wie Arbeitsplatzsicherheit, hohes Einkommen etc. hervor. Inzwischen wirbt auch die Agentur

für Arbeit mit denselben Argumenten für die Bundeswehr.

Die Agentur für Arbeit als Rekrutierungsbüro für die Bundeswehr

Das Arbeitsamt vermittelt Arbeitsplätze - auch für die Bundeswehr. Dabei wird meist mit den hervorragenden Weiterbildungsmöglichkeit, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und dem hohen Gehalt gelockt. Immer wieder gibt es Veranstaltungen zur Anwerbung von - vor allem jugendlichen - Arbeitslosen, bzw. Schulabgängern, die gemeinsam vom Arbeitsamt und der Bundeswehr organisiert werden.²⁷ Auf den Protest Bremer Arbeitsloser gegen die Anwerbung von Erwerbslosen für Auslandseinsätze im September 2001, reagierte der Vize-Chef des Arbeitsamtes mit Unverständnis. Die Bundeswehr sei eine ganz normale Firma, mit der man zusammenarbeite.²⁸ Die Agentur für Arbeit wirbt weiterhin für die Bundeswehr, Protest ist jedoch kaum mehr zu hören. Die Arbeitsagentur in Dessau startete im Juli 2006 gemeinsam mit der Bundeswehr ein Projekt, in dem arbeitslose Jugendliche als Zeitsoldaten gewonnen werden sollen. Auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit heißt es: „Im Agenturbezirk Dessau sind derzeit rund 2.500 Jugendliche unter 25 Jahre arbeitslos. Die Bundeswehr hingegen bietet freie Stellen. Ziel der Kooperationspartner ist es, den Jugendlichen, die sich für vier Jahre bei der Bundeswehr verpflichten, anschließend berufliche Perspektiven in der Region aufzuzeigen.“²⁹ Sowohl die Arbeitsagentur als auch die Bundeswehr freuen sich über die „hervorragende Zusammenarbeit“. Die hohen Anwerbezahlen von Zeitsoldaten über die Arbeitsagenturen sei

„ein gutes Zeichen für die Motivation von jungen Arbeitslosen in der Region auch nichtalltägliche Chancen bei der Suche nach einer neuen Arbeit zu ergreifen und auch ein prima Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Arbeitsagentur“, so der Leiter der Arbeitsagentur in Leipzig.³⁰ Dass es sich bei diesen „nicht alltäglichen Chancen“ um Kriegseinsätze handeln könnte, bei denen Soldaten ihr Leben riskieren um deutsche wirtschafts- oder machtpolitische Interessen durchzusetzen, wird nicht erwähnt.

Neben der direkten „Anwerbung“, bieten die Agenturen Raum für Rekrutierungsveranstaltungen. Unter dem Titel „Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz“, informiert die Agentur in Neuwied über die erfolgreiche Veranstaltung der Bundeswehr im Berufsinformationszentrum. In der Presseerklärung heißt es: „In einer Zeit, in der es immer schwieriger wird, überhaupt eine interessante Lehrstelle zu finden, schätzen Jugendliche die vielfältigen Möglichkeiten, aber auch die Sicherheit, die ihnen hier geboten wird. [...] Früher mussten junge Leute erst mal schlucken, wenn sie erfuhren, dass ihre Ausbildung bei der Bundeswehr (BW) sie für mindestens acht, falls sie studieren wollten sogar für zwölf Jahren zu Soldaten machen würde. Doch die Zeit, in der diese Verpflichtung eine Hürde war, gehört längst der Vergangenheit an [...], erklärt Stabsfeldwebel und Wehrdienstberater Lothar Melms. ‚Wo in der freien Wirtschaft bekommt man heute schon eine solche Beschäftigungsgarantie? [...]‘³¹ Für eine Informationsveranstaltung in Leipzig wirbt die dortige Agentur: „In Sachsen-Anhalt und Thüringen waren



Ende Dezember 2005 ca. 31.500 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Für das Jahr 2006 hat die Bundeswehr einen erhöhten Bedarf zur Einstellung von Soldaten auf Zeit in der Laufbahn der Mannschaften. Die Einstellung als Soldat auf Zeit in der Laufbahn der Mannschaften bietet Jugendlichen einerseits für vier Jahre ein gesichertes Einkommen, erweitert ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen und entlastet andererseits den Arbeitsmarkt.³²

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr und dem „Versprechen“ einen Großteil der Dienstzeit im Ausland zu verbringen, ist der Hinweis auf die Entlastung des Arbeitsmarktes mehr als zynisch. Das Verheizen von Arbeitslosen im Kongo, in Afghanistan und den zahlreichen anderen Ländern, in denen sich die Bundeswehr in Zukunft „engagieren“ wird, entlastet natürlich den Arbeitsmarkt - Nachschub wird immer benötigt.

Zwangsrekrutierung mit Hartz IV

Der Druck, eine Ausbildungs-/Arbeitsstelle zu finden und sei es als Soldat bei der Bundeswehr, wurde mit Hartz IV zum Zwang. Die Verpflichtung von Hartz IV-Empfängern, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen, heißt in diesem Zusammenhang auch, dass es zumutbar ist, Soldat zu werden und „deutsche Interessen“ mit dem eigenen Leben irgendwo auf dieser Welt „verteidigen“ zu müssen. Auch wenn bisher noch niemand direkt dazu gezwungen werden muss, sich als Soldat zu verpflichten, kann man angesichts der befürchteten sinkenden Bewerberzahlen davon ausgehen, dass dies nicht dauerhaft so bleiben wird. Das Engagement der Agentur für Arbeit lässt diese Vermutung nicht unplausibel erscheinen. Die Verpflichtung von Arbeitslosen für die Bundeswehr wurde jedoch von dem ehemaligen Verteidigungsminister Peter Struck schon angedacht, wenn auch nicht für Auslandseinsätze, so doch als Lernobjekte für Soldaten, die auf Auslandseinsätze (in dem Fall auf einen Einsatz im Kosovo) vorbereitet werden. Beim Besuch einer Übung der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2005 kam Struck die Idee, man könne doch anstelle von teuren Soldaten, Arbeitslose dazu verpflichten, an den Übungen als Zivilisten oder feindliche Gruppen teilzunehmen. Das erspare Kosten und schaffe Jobs für einen Teil der Masse an Arbeitslosen in der Region. Mit der Kritik, der sich Struck daraufhin ausgesetzt sah, konnte er nichts anfangen und verwies darauf, dass in Bayern die Übungsobjekte von einer Zeitfirma angeheuert würden.³³

Das Beunruhigende an der derzeitigen Situation ist, dass die Arbeitslosen bisher nicht einmal zum Kriegsdienst gezwungen werden müssen. Der ökonomische und soziale Druck ist so hoch, dass sie vermeintlich freiwillig in den Krieg ziehen. Das bedeutet, dass vor allem Menschen aus marginalisierten sozialen Schichten bei Bundeswehreinsätzen ihr Leben für deutsche Interessen lassen. Dadurch spaltet sich die Gesellschaft in diejenigen, die von Kriegseinsätzen profitieren und initiieren und diejenigen, die im schlimmsten Fall bei solchen Einsätzen sterben oder traumatisiert zurückkehren und somit weiter in unserer Gesellschaft marginalisiert bzw. ausgeschlossen werden.



In diesem Kontext stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt noch von einer freiwilligen Entscheidung gesprochen werden kann. Die diesbezüglichen Worte von Matthias Rogg in einem von der Bundeswehr herausgegebenen Sammelband sind deutlich: „Auch die Frage, ob bei einem jungen deutschen oder amerikanischen Zeitsoldaten die sittliche Bindung stärker wiegt als der finanzielle Anreiz, kann nur im Einzelfall beantwortet werden. Selbst strenge gesetzliche Regelungen, die den Handlungsspielraum eindeutig festlegen, vermögen die individuellen Motive nicht aufzulösen. Schließlich können wirtschaftlicher und sozialer Druck, bis hin zur Zwangsrekrutierung, den Charakter der Freiwilligkeit stark relativieren.“³⁴ Der durch Hartz IV geschaffene Zwang, jede Arbeit anzunehmen, führt in diesem Zusammenhang zu einer Situation der Arbeitslosen, die sich von einer Zwangsrekrutierung nur noch formal

unterscheidet. Militäreinsätze und Hartz IV hängen demnach enger zusammen, als eine rein quantitative Gegenüberstellung der für Auslandseinsätze aufgewendeten Mittel und der Sozialausgaben.

Auswirkungen auf die interne Struktur der Bundeswehr

Obwohl die Bundeswehr von einem gewissen sozialen Druck abhängig ist, um genug Soldaten rekrutieren zu können, die auch „bereit“ sind, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, fürchtet sie sich andererseits davor, nur noch Jugendliche aus sozial- und bildungsschwachen Schichten rekrutieren zu können. In diesem Zusammenhang ist auch das Festhalten an der Wehrpflicht zu sehen.³⁵

Nina Leonhard befürchtet vor allem einen „weiteren gesellschaftlichen Ansehensverlust“ für die Bundeswehr. „Sollte sich die Entwicklung [dass sich nur noch diejenigen, die keine andere Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, bei der Bundeswehr verpflichten] zukünftig fortsetzen, dann besteht die Gefahr, dass es in der Folge zu einem Qualitätsverlust des militärischen Personals der Bundeswehr kommt. Dies könnte einen weiteren Ansehensverlust für die Streitkräfte mit sich bringen, der sich wiederum negativ auf die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber auswirken würde. Aus Sicht der Bundeswehr muss es somit von zentraler Bedeutung sein, einer solchen Abwärtsspirale entgegenzuwirken.“³⁶

Besorgt über diesen Zustand ist - wenn überhaupt - die Bundeswehr. Es sollte sich jedoch vielmehr die Gesellschaft Gedanken über eine derartige Entwicklung machen. Es ist davon auszugehen, dass Soldaten, die sich aufgrund fehlender Alternativen oder direktem Zwang verpflichten, gefügiger sind als jene, die freiwillig und nicht mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit den Beruf des Soldaten wählen.³⁷ Dies ist für die Bundeswehr wohl als durchaus positiv zu sehen, zumal die derzeitige Umstrukturierung der Truppe hin zu immer mehr und immer riskanteren Auslandseinsätzen von Soldaten abhängt, die sich nicht weigern, auch an solchen „Rambomissionen“ teilzunehmen. Eine Armee, die sich vor allem aus Soldaten zusammensetzt, die keine andere Möglichkeit sehen, ihre Existenz zu sichern, ist von einer Söldnerarmee nicht mehr weit entfernt.

Anmerkungen

¹ Mehrheit der Deutschen lehnt Bundeswehreinsatz ab, Die Welt 02.06.06.

² Kongo Mission: „Noch nie soviel Ablehnung“, N24 17.05.06.

³ Umfrage: Mehrheit der Deutschen gegen Mission, Kölner Stadtanzeiger, 13.09.06.

⁴ Transatlantic Trends: Umfragedaten 2006, S. 11.
⁵ Leonhard, Nina (2005): Soldat: Beruf oder Berufung?, in: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jaqueline (Hrsg.): Militärsoziologie - Eine Einführung, Wiesbaden, S.254.
⁶ Bulmahn, Thomas (2004): Berufswunsch Soldat, in: Sowi-News April 2004.
⁷ Leonhard (2005), S. 26.
⁸ Posner, Christine (2004): Untersuchung der Studenten der Helmut-Schmidt-Universität und der Universität der Bundeswehr München; Erhebung und Datengrundlage; Regionale und soziale Herkunft, Berufswahl, URL: <http://www.hsu-hh.de>.
⁹ <http://www.terrvw.bundeswehr.de/C1256F890043A792/CurrentBaseLink/W26DTBRW136INFODE>
¹⁰ Heikenroth, André u.a. (2002): Unteroffizier und ziviler Beruf, Strausberg, S.26.
¹¹ Vgl. Heikenroth, André (2000): Wer will zur Bundeswehr? Eine Potenzialanalyse, Strausberg, S.16ff., S.64 und Klein, Paul (2004): Unteroffiziere als Führer, Ausbilder und Erzieher, in: Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 435.
¹² Der Soldaten-Job hat an Attraktivität eingebüßt, Berliner Zeitung 27.05.00.
¹³ Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit, Stern 10.06.05.
¹⁴ Nachwuchssorgen bei der Bundeswehr, Stern 17.04.06.
¹⁵ Bundeswehr wird zum Heer der Arbeitslosen, Berliner Zeitung 03.01.06.
¹⁶ Posner (2004), S. 6.
¹⁷ Heikenroth (2002), S. 26.
¹⁸ Leonhard (2005), S. 260f.
¹⁹ Apelt, Maja (2002): Die Integration der Frauen in der Bundeswehr ist abgeschlossen, URL: <http://www.hsu-hh.de>.
²⁰ Heikenroth (2000), S. 39.
²¹ Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.02.05, URL: www.arbeitsagentur.de.
²² Feller, Michael/Stade Claudia A. (2004): Physische und psychische Belastung im Einsatz, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden; S. 295.
²³ Deutscher Bundestag (2005) Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Drucksache 16/850.

²⁴ Wobei Arndt Brauckmann darauf hinweist, dass „eine erzwungene Erfüllung der Dienstpflicht [von Grundwehrdienstleistenden] im Rahmen von verfassungsrechtlich zulässigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr [...] aus rechtlichen Gründen [...] nicht zu beanstanden [wäre]“ (Brauckmann, Arndt (2000): Wehrpflichtige und Missionen der Bundeswehr für die Vereinten Nationen: Zur Verfassungsmäßigkeit eines unfreiwilligen Einsatzes im Ausland, Berlin, S. 304).
²⁵ Jung will Ehrenmahl für getötete Soldaten, N24 17.02.06.
²⁶ Traumatisierte Soldaten. Eingebrennte Narben im Gehirn, Stern 24.07.06.
²⁷ So veranstaltete das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Leipzig gemeinsam mit der Bundeswehr im August 2006 ebenso eine Informationsveranstaltung zu Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr, wie die Agentur für Arbeit in Recklinghausen im selben Monat. Speziell auf Frauen ausgerichtet sind „Girls Days“, bei denen die Bundeswehr die Möglichkeit hat Frauen, direkt anzusprechen. Sie fanden in zahlreichen Arbeitsagenturen in den letzten Jahren statt. Ein Blick auf die Internetseite der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) genügt, um sich von zahlreichen solcher Aktionen zu überzeugen.
²⁸ Krieg als „Vertrauenssache“, URL: http://www.alsozentrum.de/publik/quer/2001quer/6_war.htm.
²⁹ Arbeitsagentur engagiert sich im Projekt JuKaM, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 16.06.06, URL: www.arbeitsagentur.de.
³⁰ Bundeswehr sucht Soldaten auf Zeit - Bewerbungsaktion erfolgreich, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.07.05, URL: www.arbeitsagentur.de.
³¹ Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.02.05, URL: www.arbeitsagentur.de.
³² Soldat auf Zeit. Eine Informationsveranstaltung für arbeitslose Jugendliche aus Sachsen-Anhalt, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 10.05.06, URL: www.arbeitsagentur.de.
³³ Hände hoch, Gesicht zur Wand. Verteidigungsminister Struck will Arbeitslose als Gegner bei Bundeswehrübungen, Berliner Zeitung, 29.06.05.
³⁴ Rogg, Matthias (2004): Der Soldatenberuf in historischer Perspektive, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S.397.

³⁵ Wobei sich auch hier zeigt, dass vor allem weniger gebildete Jugendliche Wehrdienst ableisten. „[Es entziehen sich] viele hochqualifizierte Wehrpflichtige durch die de facto bestehende Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Zivildienst dem Dienst in den Streitkräften und wählen eine ihnen angenehmere zivile Tätigkeit“ (Klein, Paul (2004): Soldat und ziviler Beruf, in: Gareis, Sven Bernhard, Klein, Paul (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 162.).
³⁶ Leonhard (2005), S. 261.
³⁷ Die derzeit zu beobachtende Entwicklung zeigt so manche Parallele zu früheren Strukturen von Armeen auf, wie Matthias Rogg in seinem Artikel „Der Soldatenberuf in historischer Perspektive“ darstellt. So schreibt er, dass „im Mittelalter [...] das Vermieten ganzer Truppenteile in manchen Regionen zu den wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen“ (Rogg 2004, S.397) gehörte. Zwar ist es heute nicht direkt die Vermietung von Söldnern, aber die mit Standorten der Bundeswehr verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen, von denen die Kommunen angeblich profitieren. In der Diskussion um den geplanten Luft-Boden-Schießplatz Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide ist ein Argument der Befürworter immer wieder die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer Region mit einer Arbeitslosigkeit von fast 25% sowie der allgemeine „wirtschaftliche Aufschwung“. Auch die Antwort auf die Frage, warum Menschen im 16. Jahrhundert zu Soldaten wurden, könnte ebenso gut heute als Antwort gelten: „[...] das Anwachsen sozial schwacher Gesellschaftsgruppen, nicht zuletzt aber auch die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung [...]“. Der Kriegshaufen konnte neben dem demografischen auch den sozialen Druck auffangen.“ (Rogg 2004, S.397) Bedenkt man, dass es vor allem junge Menschen sind, die heute an Auslandseinsätzen teilnehmen, so verschärft der „Kriegshaufen“ zwar den demografischen Druck, der soziale Druck kann jedoch tatsächlich dadurch aufgefangen werden. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg bzw. materieller Absicherung derjenigen, die Soldat werden, bleibt bis heute erhalten.

Mexiko: EU eher an Freihandel interessiert als an Menschenrechten

Offiziell ist zwar die Einhaltung der Menschenrechte fundamentaler Bestandteil des EU-Handelsabkommens mit Mexiko. Zum massiven Wahlbetrug in Mexiko und den brutalen Übergriffen seitens staatlicher Organe im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca aber schweigt die EU-Kommission bisher beharrlich. Wieder einmal mehr zeigt sich, dass ungehinderter Freihandel mehr interessiert als die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten.

Im süd-mexikanischen Oaxaca, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, demonstriert seit Ende Mai 2006 ein breites Bündnis aus Lehrgewerkschaft und sozialen Organisationen gegen die Regierung des erzkonservativen Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz (PRI). Dieser wird für eine massive Zunahme an Menschenrechtsverletzungen seit seinem Amtsantritt Ende

2004 verantwortlich gemacht.

In den letzten Tagen häufen sich Übergriffe von Polizeieinheiten auf Protestierende, illegale Verhaftungen von führenden Personen der Gewerkschaften und sozialen Organisationen. Außerdem kam es zu Anschlägen bewaffneter Schlägertrupps auf eine oppositionelle Zeitung, auf Radiostationen und Unterstützergruppen der sozialen Bewegung. Dabei wurden sogar mehrere Personen getötet.

Aufgrund des offensichtlichen Wahlbetrugs des rechtskonservativen Felipe Calderón (PAN) bei den bundesweiten Präsidentschaftswahlen ist davon auszugehen, dass auch der scheidende Präsident Fox wenig Interesse an einer friedlichen Konfliktbeilegung mit Gewerkschaften und sozialen Organisationen hat.

Am 23. August 2006 hat das mexikani-

sche Verteidigungsministerium Truppen des 36. Infanteriebataillons nach Oaxaca verlegen lassen. Deshalb haben soziale Bewegungen in Oaxaca angesichts eines möglicherweise drohenden Versuchs der gewaltsamen Vertreibung der Demonstrierenden an die internationale Öffentlichkeit appelliert.

In diesem Zusammenhang ist es auch symptomatisch, dass mein rechtskonservativer spanischer Parlamentskollege José Salafranca, als Leiter der Wahlbeobachtermission des EU-Parlaments in Mexiko, keinerlei Unregelmäßigkeiten erkennen konnte und die Gewalteskalation vornehm verschweigt. Die EU-Politik der doppelten Standards auch bei Wahlen und Menschenrechten muss beendet werden.

Tobias Pflüger

Der Libanonkrieg und das Schweigen der Komplizen

von Claudia Haydt

Emotionale Aufrüstung

Am 20. September 2006 stimmte der Bundestag in Berlin mehrheitlich für das was längst schon feststand, die Bundeswehr wird sich an der UN-Truppe im Libanon (UNIFIL) mit bis zu 2400 Soldatinnen und Soldaten beteiligen. Diese hatten bereits die Koffer gepackt und schon am nächsten Tag brachen zwei Fregatten, vier Schnellboote und zwei Versorgungsschiffe mit 1000 Soldaten an Bord von Wilhelmshaven Richtung Mittelmeer auf. Politische Entscheidungen des Parlaments verkommen zur reinen Formalie, wenn ein Tag nach der Entscheidung Schiffe vollbesetzt auslaufen. Die Medienberichterstattung des 21. Septembers konzentrierte sich auf anrührende Bilder von zurückbleibenden Partnerinnen und Kindern der Soldaten und Kanzlerin Merkel, die vor diesem Hintergrund erklärte, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr für deren gewachsene Aufgabengebiete nicht mehr ausreicht. Die Einstimmung der Bevölkerung auf höhere Militärausgabe mit der Fürsorge für Soldaten und ihre Angehörigen zu begründen ist nicht neu, aber dennoch emotional effektiv. Wenn Merkel davon redet, die Mittel, die Deutschland derzeit für seine Verteidigung aufwende, seien „auf mittlere und längere Sicht nicht ausreichend“, dann meint sie damit jedoch weniger das Wohl der Soldaten, es geht ihr wohl eher um die Möglichkeit militärische Machtpolitik auszuüben. „Es müssten die militärischen Fähigkeiten mit den Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden, um politische Verantwortung zu übernehmen.“¹

Die Frage, ob es überhaupt nötig oder gar sinnvoll ist, deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken, gerät zur Nebensache. Am 11. August verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1701. In ihrem Rahmen sollen die deutschen Soldaten Unterstützung bei der Absicherung der seeseitigen Grenzen leisten. Waffenschmuggel fand allerdings bisher vorwiegend über den Landweg statt. Es ist einerseits sehr unwahrscheinlich, dass sich dies ändern wird, andererseits ist Waffenschmuggel insgesamt schwer zu stoppen, wenn die entsprechenden Akteure die Unterstützung der Bevölkerung haben. Selbst in den herme-

tisch abgeriegelten Gaza-Streifen schmuggelten militante Kräfte Katyuscha-Raketen. Glücklicherweise schließt bis jetzt keine der bisher angedachten Anti-Schmuggel-Strategien ein Gaza-Szenario ein. Der militärische Sinn einer deutschen Präsenz vor dem Libanon ist also mehr als zweifelhaft. Erreicht wird durch den Einsatz der Bundeswehr in der Region Naher Osten aber auf jeden Fall eine völlige Enttabuisierung deutscher Militäreinsätze. Nach diesem Einsatz ist weltweit keine Region mehr denkbar in der aus welchen moralischen Gründen auch immer deutsche Soldaten NICHT eingesetzt werden können.

Die Kosten für den deutschen Einsatz werden auf 200 Millionen angesetzt, die italienische Regierung setzt ihre Kosten bis August 2007 mit ca. 800 Millionen an (NZZ, 31.8.2006). Allein die Einsatzkosten dieser zwei Länder sind somit höher als die für den Wiederaufbau versprochenen Gelder der Geberkonferenz. Timur Goksel, ein ehemaliger Blauhelm-Sprecher, spricht das aus was viele zivile Organisationen bewegt, er bezweifelt den Sinn des großen Marineeinsatzes, den die Deutschen leiten werden. Viel dringender sei es die „Minen und Streubomben wegzuräumen. ... Da brauchen wir umfangreiche Hilfe. Was derzeit in diesem Bereich passiert, ist längst nicht genug, es ist eine sehr mühselige Arbeit. Dies hätte Deutschland übernehmen können, ohne Soldaten zu schicken. In diesem Bereich den Menschen technische Hilfe zu geben, wäre etwas gewesen, das den Libanesen viel mehr bedeutet hätte.“ (Tagesschau, 20.09.2006)

Die deutsche Beteiligung am UNIFIL-Einsatz und besonders ihre Begründung lässt in der Region erhebliche Zweifel an der Neutralität des Einsatzes aufkommen. „Die Deutschen haben erklärt, dass sie mit ihrer Mission das Ziel verfolgten, Israel zu schützen“, erklärte der syrische Staatschef Assad in einem Interview mit der spanischen Zeitung El País. „Damit disqualifizieren sie ihren Einsatz selbst.“² Assad fürchtet offensichtlich auch um den syrischen Einfluss auf die Innenpolitik und die Ökonomie des Libanon. Gerade letztere könnte durch die UN-Truppen tatsächlich beeinträchtigt werden. Es ist davon auszugehen, dass

Warenlieferungen zwischen dem Libanon und Syrien auf dem Land- oder auf dem Seeweg genau kontrolliert werden. Verzögerungen und Störungen auch der zivilen Transporte sind dabei sehr wahrscheinlich. Dass Frankreich, Deutschland und Italien sowohl maßgebliche Truppensteller als auch maßgebliche Handelspartner des Libanon sind, stärkt ihre Glaubwürdigkeit nicht unbedingt. Am meisten diskreditiert haben sich wesentliche Truppensteller der UNIFIL-Truppe aber durch ihr langes Zögern einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern.

Schweigen macht zu Komplizen

Das Leid der Bevölkerung im Libanon und in Israel während des Libanonkriegs war von Anfang an nicht zu übersehen. Die Hisbollah-Milizen haben während des Libanonkriegs vorsätzlich Zivilpersonen und zivile Objekte in Israel unter Beschuss genommen und in anderen Fällen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden. Völkerrechtlich ist beides als Kriegsverbrechen zu beurteilen. Ein Bericht von amnesty international (ai) kommt zu dieser eindeutigen Einschätzung.³ Katyuschas töteten 43 (sieben davon Kinder) und verletzten über 4.000 Zivilisten im Norden Israels. 19 der Opfer waren arabische Israelis. Auch zwölf Soldaten wurden Opfer von Katyuscha-Angriffen. Etwas mehr als hundert weitere Soldaten starben in Kampfhandlungen mit der Hisbollah, durch Unfälle und in einem Fall durch eine israelische Mine aus dem letzten Libanonkrieg.

Über tausend Zivilisten starben im Libanon, ein Drittel davon waren Kinder. Die libanesische Armee war keine Kriegspartei, dennoch starben ca. 30 Soldaten. Die Hisbollah gibt 80 unter ihren Kämpfern an, während die israelische Armee von über 500 getöteten Hisbollahkämpfern berichtete. Fest steht, dass der größte Teil der Opfer im Libanon Zivilisten waren. Die Kampfhandlungen zwangen in Israel bis zu 500.000 und im Libanon eine Million Menschen in die Flucht.

Warum fiel es den meisten westlichen Staaten so schwer angesichts des unsäglichen Leids der betroffenen Menschen im Libanon und in Israel von beiden Konfliktparteien einen bedingungslosen und sofortigen Waffenstillstand zu verlangen?

Ein zentraler Punkt ist wohl die starke Kompromittierung der USA und vieler EU-Staaten durch ihre eigene Interventionspolitik. Die „Logik“ des „Krieges gegen den Terror“ ist in ihrer brachialen Machtausübung und Ignoranz gegenüber völkerrechtlichen Bestimmungen nicht

grundlegend vom Vorgehen der israelischen Armee zu unterscheiden. Auch die Systematik der Kriegsführung, die unten anhand der Luftkriegskonzepte genauer ausgeführt wird, unterscheidet sich kaum. Weder die israelische Regierung noch die „Anti-Terror-Allianz“ stellen die Tauglichkeit von Militäreinsätzen zur Herstellung von „Sicherheit“ in Frage.

Die US-Regierung, aber auch die Verantwortlichen in Berlin und London erhofften mehr oder weniger offen, dass die israelische Armee im Libanon eine „Lösung des Problems Hisbollah“ herbeiführen könne. Erst wenn Hisbollah als Machtfaktor ausgeschaltet wäre, könnte man einen „nachhaltigen Waffenstillstand“ fordern, hieß es noch Anfang August nach gut drei Wochen Krieg. „Die Bundesregierung gibt einer dauerhaften Lösung im Nahen Osten weiter den Vorzug vor einem sofortigen Waffenstillstand.“ (afp/dpa 2.8.2006) Eine solche Haltung kann wohl nicht isoliert aus dem Libanonkrieg heraus verstanden werden. Möglicherweise ging es auch um den Versuch, mit Hilfe der israelischen Armee den Iran zu isolieren. Wenn Hisbollah als Machtfaktor ausgeschaltet wird, dann verändert dies die Ausgangslage für einen möglichen Iran-Krieg. Seymour Hersh zitierte im April 2006 in einem Artikel im New Yorker Analysen, dass bei einem Irankrieg Hisbollah „nicht beiseite stehen werde. Wenn die Israelis diese nicht ausschalten, werden sie gegen uns mobilisieren.“ Hersh vermerkte weiter: „Als ich den Regierungsberater über diese Möglichkeit befragte, sagte er, für den Fall, dass Hisbollah ins nördliche Israel schieße, würden Israel und die neue libanesische Regierung diese ausschalten

(„finish them off“).“⁴ Die Kooperationswilligkeit der Beiruter Regierung wurde offensichtlich falsch eingeschätzt, dennoch wird so klar, warum die Aktionen der israelischen Armee von der US-Regierung und ihren Verbündeten nicht sofort abgelehnt wurden. Auch wenn die Hisbollah sich nun nach Ende des Krieges als Sieger feiert, ist auch klar, dass sie in nächster Zeit (auch wenn sie nicht abgerüstet wird – wie auch immer dies umgesetzt werden soll) sehr zögerlich sein wird, nochmals israelisches Territorium anzugreifen. Am 28. August erklärte Sayyid Hassan Nasrallah in einem Interview im libanesischen Fernsehen, „dass seine Organisation am 12. Juli die israelischen Soldaten nicht gefangen genommen hätte, wenn er die Folgen vorausgesehen hätte. ... Er versucht damit auch Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, die den Hizbullah des Abenteurertums bezichtigt hatten.“ (NZZ 29.8.2006) Mit dieser eher defensiven Haltung versucht der Hisbollah-Chef die Macht seiner Organisation im Libanon zu sichern, es ist aber auch klar, dass damit die israelische Armee (und ihre mehr oder weniger offenen Unterstützer) die Hisbollah zwar nicht ausgeschaltet, aber doch für absehbare Zeit als möglicher Verbündeter des Iran geschwächt haben.

Effect-based Operations

Wer bei den Medienberichten über Bombardierungen von Kraftwerken, Straßen und Brücken im Libanon ein Déjà vu hatte und sich daran erinnerte vergleichbare Kriegsszenarien schon im NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien und im zweiten Irakkrieg beobachtet zu haben, der lag nicht völlig falsch. Die Zerstörungen im Norden Israels

und die Angriffe auf Zivilisten und zivile Infrastruktur waren wie oben aufgeführt ein Kriegsverbrechen. Die Angriffe auf den Libanon waren jedoch mehr als eine wahllose Zerstörung und Gefährdung von Zivilisten. Besonders während der ersten zehn Tage des Krieges, die fast ausschließlich aus Luftschlägen bestanden, fiel sowohl der Bevölkerung im Libanon als

auch dort tätigen Hilfsorganisationen auf, dass die Angriffe einem Muster folgten. Amnesty International (ai) stellte in einer umfassenden Studie die Frage „Deliberate destruction or ‚collateral damage‘?“ (Absichtliche Zerstörung oder „Kollateralschäden“?). Hinter den Angriffen der israelischen Armee auf zivile Infrastruktur vermutete ai die Absicht der systematischen Demoralisierung der Bevölkerung, um so dies Hisbollah zu schwächen. „Die weit verbreitete Zerstörung von Wohnungen, Häusern, Elektrizitäts- und Wasserversorgungseinrichtungen, Straßen, Brücken, Fabriken und Häfen, zusätzlich zu verschiedenen Äußerungen israelischer Regierungsvertreter lässt eine Strategie gegenüber der libanesischen Regierung sowie der Zivilbevölkerung vermuten, die diese dazu bringen soll gegen die Hisbollah vorzugehen.“⁵

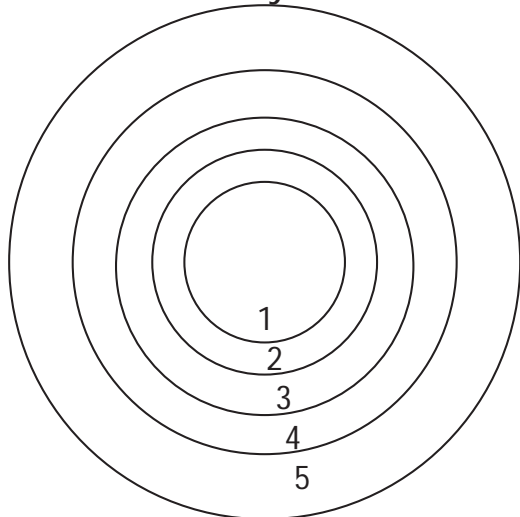
Tatsächlich war die Zielauswahl weder in diesem Krieg noch im Jugoslawienkrieg oder auch in der ersten Phase des jüngsten Irakkrieges ein Zufall, sondern beruhte auf der Theorie des „Effect Based Warfare“, die von Colonel John A. Warden⁶ formuliert wurde und heute zum zentralen Ausbildungsbestandteil vieler Offiziere in westlichen Armeen gehört. „Es macht zudem den Anschein, ... dass Israel mit seinen Angriffen auf Ziele im Herzen Libanons das von den USA entwickelte Konzept der sogenannten «Effects-based Operations» anwendet.“ (NZZ 22.7.2006) Es geht dabei darum, den jeweiligen „Gegner als System“ zu sehen. „Das Ziel ist es, ein solches Ausmaß an Lähmung/Zerstörung oder Auflösung der zivilen und militärischen Fähigkeiten des Gegners zu verursachen, dass der Feind den Willen oder die Fähigkeit verliert den Konflikt fortzusetzen.“⁷ Die Reihenfolge zuerst zivil dann militärisch in diesem Zitat ist kein Zufall, die Zielauswahl wird einer so genannten „Fünf-Ring-Analyse“ vorgenommen, wobei die „vitalen“ Ziele des Systems (=Gegners) mit Prioritäten von eins (zentral wichtig) bis fünf (weniger wichtig) versehen werden (siehe Grafik).

„Angriffsschwerpunkte werden entsprechend der folgenden Kategorien definiert:

1. Führung (C41)
2. Produktion/Industrie
3. Transport
4. Bevölkerung
5. Militär“⁸

Diese Analyse galt nur noch eingeschränkt, nachdem die israelische Regierung auf Drängen der Armeeführung Bodentruppen in den Süden Libanons schickte. Doch die systematische Zerstörung ziviler Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Elektrizitätswerke oder Treibstoffdepots stellte in den folgenden Kriegswochen ein massives Pro-

Five Ring System Analysis



1. Führung
2. Produktion
- Industrie
- Ökonomie
3. Transport
- Brücken
- Strassen
- (Flug-)Häfen
4. Bevölkerung
5. Militär

Quelle: Maj K. Noedskov, Systematizing Effect Based Air Operations, *Air & Space Power Journal* 24 May 2000.

blem für die Versorgung der Zivilbevölkerung dar. Nahrungsmitteltransport wurde schwierig, Fluchtwege waren versperrt, Versorgung von Verletzten war häufig nahezu unmöglich und Krankenhäuser konnten ohne Strom nur eingeschränkt arbeiten. Leider ist nicht davon auszugehen, dass an dieser Form der Kriegsführung von Seiten der USA oder der EU ernstzunehmende Kritik kommt – müsste man doch dann die eigene Kriegsführung ebenfalls kritisieren. Die einzige Kritik an der Prioritätensetzung bei den ausgewählten Zielen kam bisher vom israelischen Militär. Die meisten Katyushas wurden von stationären Basen abgeschossen, da diese aber nicht die primären Ziele der Armee waren, hat nach Ansicht des israelischen Militärberichterstatters Zeev Schiff, die israelische Armee „ihre Chance verspielt, die Kurzstreckenraketen zu zerstören“.

Streubomben

Kriege sind nie sauber und präzise, es gibt jedoch Waffensysteme, die in besonders rücksichtsloser Weise vor allem die Zivilbevölkerung beeinträchtigen, dazu gehören Streubomben. Streumunition ist nicht international geächtet, sie gilt jedoch als unvereinbar mit dem humanitären Völkerrecht, da sie großflächig und damit unterschiedslos gegen Kombattanten und Zivilisten wirken und da die Blindgänger noch Jahre nach einem Krieg als Minen töten und verstümmeln können. Die meiste Streumunition wurde am Ende des Libanonkrieges eingesetzt. In den Tagen zwischen der Verabschiedung der UN-Resolution und dem Beginn des Waffenstillstands warf die israelische Armee vor allem über Dörfern im Süden des Libanon Streumunition ab. Vorgeblich um eine schnelle Rückkehr der Hisbollah zu verhindern.

Schon zu Beginn des Libanonkrieges warnte Human Rights Watch, dass Streumunition im Libanon zum Einsatz kommt und dokumentierte dies umfangreich. Doch auch hier fiel es der „internationalen Gemeinschaft“ offensichtlich schwer klar Position zu beziehen. Denn auch hier hätte der mahnende Zeigefinger auf die israelische Kriegspolitik bedeutet, dass mehrere Finger auf die eigenen Kriegsstrategien zurückgezeigt hätten. Im NATO-Krieg gegen Jugoslawien waren Streubomben verantwortlich für ¼ der zivilen Opfer, die Opferbilanz der Streubomben, die 2001/2 im „Antiterrorkrieg“ gegen Afghanistan eingesetzt wurden, ist heute noch nicht abgeschlossen, und im Krieg gegen den Irak 2003 waren Streubomben der größte einzelne Faktor für zivile Opfer.

Bis jetzt hat das UN Mine Action Coor-

dination Center (MACC) mehr als 500 Orte im Libanon identifiziert, auf die wahrscheinlich mehr als 1 Million nicht detonierter Sprengkörper verteilt sind, diese Stellen müssen nun systematisch nach nicht explodierten Sprengkörpern durchsucht werden. Bereits innerhalb des ersten Monats nach Ende des Krieges wurden 92 Zivilisten Opfer bei Unfällen mit Streubomben, über ein Drittel waren Kinder.⁹ Ende September 2006 konnten noch über 200.000 Menschen auf Grund von Streubomben nicht in ihre Dörfer oder Höfe zurückkehren.¹⁰

Das israelische Militär hatte Streubomben bereits bei der Libanoninvasion 1982 eingesetzt. Damals verhängte die US-Regierung einen Lieferstopp für die Dauer von sechs Jahren. Auch im aktuellen Fall hat das US-Außenministerium eine Untersuchung über einen möglichen „illegalen“ Einsatz von Munition aus US-Produktion angeordnet. Beobachter rechnen jedoch nicht mit Konsequenzen.

Glaubwürdige Politik?

Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels ist die UNO-Resolution noch weit davon entfernt wirklich umgesetzt zu werden. Die zwei entführten israelischen Soldaten sind immer noch nicht befreit und die israelische Armee ist noch nicht vollständig aus dem Libanon abgezogen. Auch wenn die meisten Soldaten wieder in Israel sind, so sind doch entgegen der meisten Medienberichte israelische Soldaten nicht nur in den Schebaa-Farmen nach wie vor präsent, auch im Dorf Ghajar an der syrisch/libanesischen Grenze stehen „noch einige Dutzend israelische Soldaten und Offiziere“ (NZZ, 2.10.2006). Doch weder die Befreiung der Entführten oder der Abzug der Soldaten, noch die Entwaffnung der Hisbollah sind Aufgaben, die von einer UNIFIL (oder auch jeder anderen) Truppe gewaltsam umgesetzt werden könnten.

Ohne einen umfassenden politischen Prozess wird es keinen dauerhaften Frieden und keine Sicherheit in der Region geben, weder für die Menschen in Israel, noch in den anderen Staaten der Region. Eine tragfähige Lösung muss die Demokratisierung des Libanon genauso einschließen, wie die Schaffung eines lebensfähigen Palästinenserstaates sowie Sicherheitsgarantien und Abrüstungsvereinbarungen für den gesamten Mittleren Osten. Weitere Waffenlieferungen oder einseitige Parteinarbeiten sind hierfür Gift.

Leider liefern westliche Staaten – nicht zuletzt Deutschland – nach wie vor Rüstungsgüter in die Region. Der Verkauf von zwei weiteren deutschen U-Booten an

Israel oder die Lieferung von Eurofightern an Saudi-Arabien sind lediglich zwei aktuelle Beispiele für die Aufrüstungsspirale im Nahen Osten, die von außen immer weiter angetrieben wird. Das TV-Magazin Monitor berichtete am 27. Juli 2006, dass deutsche Waffen ihre Wege zu beiden Konfliktparteien gefunden hatten. Der israelische Standard-Kampfpanzer vom Typ „Merkava“ fährt mit einem deutschen Motor. Seine 120-mm-Granaten verschießt er mit einer in Deutschland entwickelten Kanone. Die Panzerabwehr-Raketen vom deutsch-französischen Typ Milan wiederum stellten die größte Gefahr für die Merkava-Panzer dar. Zwischen 1999 und 2004 kamen Waffenexporte in Höhe von mindestens 1,6 Milliarden in den Nahen Osten.

Aufgrund ihrer großen moralischen Verantwortung für die Entstehung und die Aufrechterhaltung der Kriege und Krisen im Nahen Osten, sind deutsche Soldaten das denkbar schlechteste und unglaublichste Mittel zur Deeskalation. Ein wesentlicher Schritt zur Vorbereitung einer Lösung könnte ein umfassendes ziviles Wiederaufbauprogramm für alle Opfer des Libanonkrieges sein, das weit über die Zusagen der Geberkonferenz hinausgeht und direkt bei den Betroffenen ankommt. Die Menschen im Süden des Libanon erleben bis jetzt fast ausschließlich die Hisbollah als Helfer. So wird kaum Akzeptanz geschweige denn Unterstützung für eine Schwächung der Hisbollah zu mobilisieren sein.

Wichtig ist deswegen eine glaubwürdige Politik mit einer generellen Abkehr von doppelten Standards. Dazu gehört auch eine Abkehr von selektiven Sicherheitskonzepten und selektiver Menschenrechtsauslegung. Der Protest darf sich dabei nicht allein gegen die israelische Militärpolitik richten sondern gegen die gesamte westliche Militär- und Antiterrorpolitik.

Anmerkungen

¹ Financial Times Deutschland Online 20.9.2006, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/114777.html?zid=82973>

² Der Standard 1.10.2006 <http://derstandard.at/?url=/?id=2607262>

³ Vgl.: <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGM-DE020252006>

⁴ Seymour Hersh, THE IRAN PLANS, New Yorker 17.4.2006 (Übersetzung C.H.).

⁵ <http://web.amnesty.org/library/print/ENG-MDE180072006>

⁶ Colonel John A. Warden: The enemy as a system, Airpower Journal Spring 1995

⁷ Maj K. Noedskov, Systematizing Effect Based Air Operations, Air & Space Power Journal, 24 May 2000.

⁸ Ebd.

⁹ Handicap International e.V. 20.9.2006, <http://www.streubomben.de/handeln/libanon1.html>

¹⁰ Libanesische Regierung/Higher Relief Council: <http://www.libanonundersiege.gov.lb/english/FeNews/NewsArticle.asp?CNewsID=387>

Kaffeefahrt nach Nahost?

Deutschlands robuste Wiederkehr zur Führungsrolle

von Johannes Plotzki und Tobias Pflüger

Die seit den 90er Jahren um sich greifende Gewöhnung der Bevölkerung an militärische Einsätze gipfelte 1999 in der Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung, sich am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu beteiligen. Dies war ein offener Bruch des Völkerrechts, bei dem erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg durch Angriffsaktionen einer deutschen Armee Menschen getötet wurden. Heute stehen über 7700 Bundeswehrsoldaten in elf Militäreinsätzen in aller Welt: Vom sog. „Kampf gegen den Terror“ an der Seite der USA in Afghanistan und mit der Marine am Horn von Afrika bis hin zum EU-Militäreinsatz im Kongo. Ab Oktober kommt nun noch der Militäreinsatz im Nahen Osten hinzu.

Militärminister Franz-Josef Jung (CDU) spricht von einem deutschen „Kampfeinsatz“. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck will gar eine deutsche „Führungsrolle“. Diesem Ziel erhoffen sich Militärs und Militärpolitiker mit dem nun zu erwartenden Endloseinsatz vor der Küste Libanons zu nähern. Doch dies wird keine „Kaffeefahrt“ werden, wie es selbst der Sprecher des Bundeswehrverbands, Wilfried Stolze, vorhersieht.

Das letzte Tabu

Viele „Spitzenkräfte“ verstehen offenbar, wenn sie das Wort Verantwortung hören, immer nur Militäreinsatz. Als es wirklich darauf angekommen wäre, weigerte sich die Bundesregierung auch innerhalb der EU, sich für einen sofortigen Waffenstillstand zwischen der israelischen Armee und der Hizbollah einzusetzen, der möglicherweise Hunderte von Menschen das Leben gerettet hätte. Eine solche Forderung der EU hätte durchaus Gewicht gehabt. Stattdessen wurde auch von der deutschen Regierung der israelischen Regierung weitere Zeit gegeben, die diese zu weiteren Angriffen nutzte.

Nach langem Warten traf nun am 11. September die „Anfrage“ der libanesischen Regierung nach einem deutschen Marineeinsatz vor der libanesischen Küste ein. Die Bundesregierung ist seitdem zufrieden: sie hat ein richtig „robustes Mandat“ durchgesetzt.

Mit diesem sind mittlerweile die insgesamt 2400 zugesagten deutschen Soldaten ausgestattet. 1500 Marinesoldaten kommen

als maritime Task Force auf zwei Fregatten inklusive Bordhubschraubern, einem Einsatzgruppenversorger, einem Tender sowie vier Schnellbooten zum Einsatz. Sie werden von rund zusätzlichen 400 Soldaten geführt und logistisch unterstützt. Weitere 100 Bundeswehrsoldaten sind im Lufttransport eingesetzt. Ferner sollen 100 Soldaten zur Beratung und Ausbildung der libanesischen Sicherheitskräfte abgestellt werden.

Der Einsatz ist zunächst bis zum 31. August 2007 befristet, die deutsche Regierung schätzt die Kosten für den Einsatz auf 46 Millionen Euro im Jahr 2006 und 147 Millionen im Jahr 2007, also auf insgesamt eine Summe von knapp 200 Millionen Euro. Beim Vergleich mit der (als ein unerwarteter Erfolg gewerteten) zivilen Aufbauhilfe von 940 Millionen Euro seitens der Geberkonferenz wird deutlich, dass diese Summe einzig schon von zwei am Libanon-Einsatz beteiligten EU-Staaten übertroffen wird, nimmt man zu den deutschen, die veranschlagten italienischen Einsatzkosten von knapp 800 Millionen Euro hinzu. Und das allein bei der Annahme, es bleibt bei dem einen Jahr, was bereits angezweifelt wird.

In Wirklichkeit stand nie ernsthaft zur Debatte, dass Deutschland etwa nicht an dem Militäreinsatz im Nahen Osten teilnimmt. In vorauseilendem Gehorsam waren auch vor der offiziellen Anfrage Libanons deutsche Grenzschutzbeamte am Flughafen Beirut im Einsatz, um deutlich zu machen, dass die deutsche Regierung „trotz der Hängepartie um den Marineeinsatz weiter zu einem Engagement in Libanon bereit ist“, wie die Neue Zürcher Zeitung am 7.9. schrieb.

Die große Koalition will und muss auch das letzte Tabu schleifen: Deutsche Soldaten in Nahost sind der vorläufige Höhepunkt des lang erarbeiteten Aufstiegs Deutschlands zu einer militärisch agierenden Weltmacht. Gelernt wurde dabei, wie dieses Land nach Weltkrieg und Auschwitz wieder Weltmacht sein kann: Heute tritt Deutschland nicht mehr allein, sondern im Verbund mit anderen Staaten — vornehmlich der EU — auf.

Das zweideutige Mandat

Im EU-Parlament stimmten die Abgeordneten bereits am 7.9. der Libanon-Resolu-

tion zu. Obwohl es positiv zu werten ist, dass sich dabei das Europäische Parlament für die Einberufung einer Friedenskonferenz für den Nahen Osten aussprach, stimmten die Abgeordneten für eine Truppenentsendung in den Libanon auf Grundlage eines völlig unklaren Mandats. Eine Vorlage oder eine Information über die Einsatzregeln der UNIFIL erfolgte dabei nicht.

In der Resolution des Europäischen Parlaments ist davon die Rede, dass ein „starkes Mandat“ der Libanon-Truppe begrüßt werde. Eine Entwaffnung der Hizbollah als eine mögliche Aufgabe der UNIFIL-Soldaten und damit auch der Soldaten aus den EU-Mitgliedstaaten wird in der Parlamentsresolution nicht explizit ausgeschlossen. Die Befürwortung dieses Militäreinsatzes ist abenteuerlich. Damit wurde einem Kampfeinsatz europäischer Truppen im Libanon de facto grünes Licht erteilt.

Die vorliegende UN-Resolution 1701 ist in Bezug auf den Auftrag der internationalen Truppen mit UN-Mandat höchst zweideutig. Obwohl auf Grundlage von Kapitel VI der UN-Charta gehandelt werden soll, enthält die Resolution einen Kampfauftrag der südlich des Litaniflusses stationierten Truppen. Allein dies ist ein Verstoß gegen geltendes Völkerrecht. Eine militärische Entwaffnung der Hizbollahtruppen ist zudem nicht nur illusorisch, sondern auch höchst gefährlich und würde die Region in einen neuen Krieg mit noch mehr Beteiligten stürzen.

Mit der Entsendung französischer Truppen wird der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich wieder eine entscheidende Rolle im Libanon zugewiesen. In eklatanter Weise wird damit gegen den bei Truppenstellungen für UN-Blauhelmeinsätze geltenden Grundsatz einer Nichtbeteiligung von Großmächten und von Staaten mit strategischen Interessen in der Region verstoßen. Die Beteiligung der Bundeswehr an dieser Truppe mit Seestreitkräften ist nur ein weiterer Schritt in Richtung eines unbegrenzten weltweiten Einsatzes deutscher Truppen.

Weltweit führen und handeln

Im Kongo sind die EUFOR-Soldaten knapp an einem Desaster vorbeigeschlittert. In Afghanistan kämpfen inzwischen NATO-ISAF-Soldaten entgegen des erteilten Mandats einen offensiven Angriffskrieg gegen einen „Aufstand“. Derzeit ist auch das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr im Osten Afghanistan unterwegs, wie erst jüngst wieder vermeldet wurde. An der Seite der US Special Forces nehmen die KSK-Soldaten aus dem schwäbischen Calw an Operationen teil. Bezüglich der

parlamentarischen Kontrolle des KSK sagte dessen Kommandeur, Brigadegeneral Hartbrod, im direkten Gespräch in Calw, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert sei. Die Frage, was das KSK bei seinen Kampfeinsätzen mit Gefangenen macht, konnte Brigadegeneral Hartbrod auch nicht schlüssig beantworten. Dass Gefangene örtlichen Gerichtsbarkeiten oder Sicherheitsleuten übergeben würden, ist im Falle von Afghanistan wenig glaubwürdig. Somit gibt es einen völkerrechtlichen Graubereich, in dem das KSK operiert. Selbst Brigadegeneral Hartbrod schloss nicht aus, dass es in kriegerischen

Auseinandersetzungen zu Dingen kommt, die nicht sein sollten.

Absolut fatal ist es, in eine Spannungregion wie die des Nahen Ostens noch mehr Soldaten hinein zu verfrachten. Einer der Slogans der Marine lautet: „Weltweit führen und handeln.“ Die EU ist dabei das Vehikel, mit dem Deutschland zunehmend seine Führungsrolle ausbauen kann.

Eine derartige Auslegung der deutschen Außenpolitik wird jedoch nicht von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt. Wie das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr feststellte, werden „friedenszerzwingende Einsätze von Kampftruppen der Bundeswehr nur noch von einer Minder-

heit unterstützt ... Lediglich jeder Zehnte stimmt solchen Einsätzen voll zu und nur jeder Dritte befürwortet sie eher.“

Diese Stimmungslage in der Bevölkerung aufzugreifen, ist die Chance zur Formierung einer breiten Opposition gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Forderung muss dabei lauten: Holt die Bundeswehrsoldaten nach Hause, Rückzug der Truppen aus Afghanistan, Bosnien, Kosovo und dem Kongo. Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg sind: „Nie wieder Krieg!“ Militär löst keine Probleme, Militärs sind das Problem.



Die Flotte als Instrument – Kampfeinsatz im Libanon

Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel und die Flotte als Instrument, war einst Kaiser Wilhelms Programm. Auch beim ersten Nahost-Einsatz der Bundeswehr seit Rommels Afrika-Feldzug soll die Marine als Instrument deutscher Außenpolitik dienen. Nachdem wochenlang der Bundeswehreinsatz geschickt kleingeredet wurde, ist jetzt klar, dass Deutschland nach Italien und Frankreich das drittgrößte EU-Truppenkontingent in den Libanon schicken will. Nach Pressemeldungen ist von mehr als 1.200 Soldaten die Rede. Fregatten und Schnellboote, ein Spionageboot und Tornadokampffljets sollen zur Kontrolle der libanesischen Küste eingesetzt werden.

„Verteidigungs“minister Jung spricht jetzt offen von einem Kampfeinsatz der Bundeswehr, wo wochenlang nur von einer „Friedensmission“ geschwafelt wurde. Und er reklamiert eine „dominante Rolle“ für das deutsche Expeditionskorps. Die Bundesmarine will das Kommando über alle schwimmenden Einheiten vor Libanons Küste. Offiziell ist von einem Einsatzzeitraum bis zum 31. August 2007 die Rede, aber Jung erklärt schon mal vorbeugend: „Ob es bei diesem Zeitraum bleibt, werden wir sehen.“ Die Bundeswehreinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan haben gezeigt, wie aus einem Jahr rasch zehn werden. Ex-Generalinspekteur Kujat hat bereits Anfang August jedem, der es wissen wollte, erzählt, es ginge bei der Libanon-Intervention nicht um einige Monate, sondern um viele Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte.

Für die deutsche Militaristen-Meute ist der Libanon-Einsatz der endgültige Dammbbruch. Die bislang noch vorgebrachten „Argumente gegen ein militärisches Vorgehen in Regionen, die auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte belastet sind, werden in wenigen Wochen erschöpft sein. Wenn Bundeswehrsoldaten in den israelisch-libanesischen Konflikt eingreifen, wird es danach keinen Ort der Welt mehr geben, an den zu gehen eine Bundesregierung mit Hinweis auf die deutsche Vergangenheit ablehnen könnte.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.08.06)

Vier-Sterne-General (im Ruhestand) Klaus Reinhardt durfte schon in der „Bild am Sonntag“ vom 13.08.06 den israelischen Militärs ein paar deutsche Landser-Lektionen erteilen. Die israelische Aufklärung sei zu schlecht, der Einsatz der Bodentruppen sei zu spät gekommen, das israelische Heer ginge „zögerlich und kraftlos vor“. Deutsche Politiker mahnten denn auch am heftigsten ein sog. „robustes“ Mandat für ihre Kämpfer im Libanon an.

Und der „Verteidigungs“minister hat sich mit dem Finanzminister bereits über eine „überplanmäßige“ Aufstockung des Rüstungsetats um 400 Millionen Euro für das nächste Jahr verständigt. Weil die Gelegenheit günstig scheint, hat er angekündigt, noch in diesem Jahr Waffenbeschaffungen in Höhe von sechs Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Darunter neue Fregatten, U-Boote und Panzerfahrzeuge für die Interventionstruppen. Der

Haushaltsausschuss hatte bereits in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause 109 Millionen Euro für gepanzerte Truppentransporter bewilligt.

Wie sehr sich die Militaristen im Aufwind wähnen, zeigt auch das Auftreten des Ministers beim jüngsten Militärhistorikerkongress. Dort pries er den deutschen Soldaten, der nicht Sozialarbeiter, sondern „im Kern immer noch Kämpfer“ sei und stellte den preußischen Militaristen Helmut Graf von Moltke als Vorbild für die Truppe heraus. Einen Mann, für den sich die edlen Tugenden des Menschen erst im Krieg entfalten. „So deutlich pflegten sich bisher allenfalls pensionierte Generale öffentlich zu äußern.“ (FAZ 22.08.06)

Den Kongo-Einsatz der Bundeswehr bejubelte die Bürgerpresse, weil es in der Debatte nicht um Menschenrechte, sondern um Rohstoffe und Profitinteressen ging. Anlässlich der Intervention im Nahen Osten wird das Zentralorgan des deutschen Großkapitals jetzt noch grundsätzlicher: „Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“ (FAS 13.08.06)

Arno Neuber

Bolivien: Hysterische Reaktionen auf eine Nationalisierung, die keine ist

von Jonna Schürkes

Am 1. Mai 2006 verkündete der im Dezember 2005 gewählte bolivianische Präsident Evo Morales per Dekret die Nationalisierung der Erdgas- und Erdölverkommen. Nach der Erklärung des Dekrets ließ Morales 56 Förderstationen vom Militär besetzen. Dies sollte – so die Regierung – verhindern, dass die Gasförderung unterbrochen würde und wichtige „Dokumente verschwinden“. Morales erklärte: „Die Ausplünderung nationaler Ressourcen durch internationale Unternehmen hat ein Ende. [...] Das Volk hat an diesem historischen Tag das Recht zurückerobert, dass die Energiequellen sich wieder in seiner Hand befinden und für den Wohlstand des Landes verwendet werden.“¹ Es war ein schlauer Coup von Morales, die Nationalisierung an dem Tag zu verkünden, an dem mit Streiks der Busfahrer und des Gesundheitspersonals zu rechnen war. Einige Tage später erklärte er beim Treffen mit den Präsidenten Venezuelas, Argentiniens und Brasiliens, er hätte ohne vorherige Absprachen mit den Nachbarländern die Nationalisierung erklären müssen, um einer weiteren „Destabilisierung“ des Landes vorzubeugen.²

Die Nationalisierung des Gases ist Teil des Regierungsprogramms Morales. Die Erklärung vom 1. Mai hätte daher niemanden überraschen dürfen. Beim Dekret handelt es sich nicht um eine Enteignung der Unternehmen, sondern lediglich um eine Verpflichtung zur Neuverhandlung der zwischen dem bolivianischen Staat und den Unternehmen geschlossenen Verträge. Von daher kann die hysterische Reaktion des Auslandes nicht mit dem Inhalt des Dekrets begründet werden. Deshalb soll hier der tatsächliche Inhalt des Dekrets und die Reaktionen der Nachbarländer Boliviens, der EU und einiger europäischer Regierungen aufgezeigt werden.

Die Neuverhandlung der Verträge ist keine Enteignung

Das Dekret von Morales enthält die Verpflichtung für die ausländischen Erdgas- und Erdölunternehmen, innerhalb von 180 Tagen neue Verträge mit dem Staat auszuhandeln oder das Land zu verlassen.

Auswirkung hat das Dekret vor allem auf Petrobras aus Brasilien und Repsol aus Spanien. Es handelt sich um eine partielle Rücknahme der so genannten „capitalización“ des staatlichen Erdgasunternehmens Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB). Capitalización bedeutet die Aufspaltung von staatlichen Unternehmen und den Verkauf der Hauptanteile an Private. Die capitalización von YPFB erfolgte unter der Regierung Sanchez de Lozada in den 90er Jahren. Das Dekret 28701 vom 1. Mai 2006 ist keine Enteignung der Unternehmen, auch wenn dies teilweise in der Presse behauptet wurde. Dies hat auch Morales betont. Auf dem EU-Lateinamerika Gipfel in Wien erklärte er: „Man muss über Entschädigungszahlungen nicht nachdenken, denn es handelt sich nicht um eine Enteignung weder ihrer Anteile [der betroffenen Unternehmen], noch ihrer Technologie, sondern um eine Neuverhandlung der Verträge.“³ Der ehemalige Energieminister Andrés Soliz Rada und der Vizepräsident Alvaro Garcia Liñera werden nicht müde, dies geradezu gebetsmühlenartig zu wiederholen. Carlos Villegas, Minister für Entwicklungsplanung: „Der Prozess der Nationalisierung wurde nicht so durchgeführt, wie das exakte Konzept einer Nationalisierung aussieht. Die Regierung wird lediglich den Anteil von YPFB erhöhen.“⁴

Mit der Erhöhung der staatlichen Anteile ist die Hoffnung verbunden, die ausländischen Unternehmen stärker zu kontrollieren und Einfluss auf deren Entscheidungen, vor allem auf die Preisbildung, zu haben.⁵ Praxis ist, dass vor allem Repsol und Petrobras bolivianisches Gas in Argentinien (an Repsol Argentinien) und in Brasilien an eigene Unternehmensteile weit unter dem Weltmarktpreis verkaufen. Der Unternehmensgewinn in Bolivien und die damit verbundenen Steuerabgaben werden damit gering gehalten. Doch da die Unternehmen das Gas zu Weltmarktpreisen im Ausland weiterverkaufen, sind ihre tatsächlichen Gewinne enorm hoch. Dieser Praxis soll das Dekret ein Ende bereiten.

Zudem geht es um die Umsetzung des bereits unter der Regierung von Carlos

Mesa erlassenen Gesetzes 3058 zur prozentual höheren Besteuerung der Unternehmen und die Stärkung des staatlichen Gasunternehmens YPFB. Mit dem seit mehr als einem Jahr gültigen Gesetz sind Auflagen verbunden. Diese haben die Unternehmen bis heute nicht erfüllt, weswegen Morales nun zu härteren Mitteln greift und den Unternehmen die Ausweisung androht.⁶ Inzwischen sind auch die 180 Tage für die Neuverhandlung abgelaufen. Dennoch hat es mit Petrobras und Repsol keine Einigung gegeben, weswegen die Nationalisierung vorerst „ausgesetzt“ ist, wie die Regierung erklärt.⁷ Man habe sich darauf geeinigt, die Frist zu verlängern. Inwieweit die Androhung damit noch effektiv ist, ist fraglich. Die Unternehmen pokern hoch, da sie in ihren Regierungen mächtige Unterstützer haben. Repsol ist inzwischen angeklagt, Gas zu Dumpingpreisen exportiert, illegale Absprachen mit der brasilianischen Firma getroffen und den bolivianischen Staat betrogen zu haben. Repsol leugnet die Vorwürfe. Nachdem die Büros von Repsol von der Polizei durchsucht wurden, beklagte sich das Unternehmen in Madrid über die „systematische Verfolgung durch den bolivianischen Fiskus.“ „Diese [...] ungerechten Aktionen zwingen Repsol, vor allen unabhängigen internationalen und nationalen Gerichten zu klagen, um seine Rechte und die seiner Arbeiter zu verteidigen.“⁸

Auch unter den Bolivianern herrscht Unmut über das Dekret.

„Das ist keine Nationalisierung, das ist nur ein Spektakel“

Das Dekret entspricht nicht den Forderungen der sozialen Bewegungen. Aus diesem Grund sind einige ihrer Teile empört und enttäuscht. Jaime Solares, Sekretär der Gewerkschaft COB wirft Morales vor, es habe sich um eine Aktion gehandelt, die den ursprünglichen Forderungen keinesfalls entspräche: „Dies ist ein Betrug am bolivianischen Volk, es ist ein Placebo, deshalb werden wir weiterkämpfen [...] für eine komplette Nationalisierung ohne Entschädigungszahlungen und für die totale Konfiszierung der Erdgasunternehmen.“⁹ Auch der Direktor des Instituts CEDLA in Bolivien Carlos Arze Vargas ist der Meinung, dass die Nationalisierung von Morales weit entfernt sei von dem „Oktoberprogramm“, in dem die Forderungen der sozialen Bewegungen vom Oktober 2003 zusammengefasst sind. Auch wenn er die Forderungen nach einer Neuverhandlung der Verträge und die Androhung der Ausweisung der Unternehmen begrüßt, so sieht er nicht, dass der Anteil der privaten Unternehmen de facto reduziert werde: „[...] der Staat wird nicht

zum prinzipalen Akteur in diesem Sektor. Die transnationalen Unternehmen werden weiterhin [...] alle Glieder der Produktionskette der Energieressourcen bestimmen, denn die Produktionsmittel, also die Fördermittel, die Infrastruktur, die Ausrüstung etc. bleiben unter ihrer Kontrolle.“¹⁰ Allgemein wirft er der Regierung Morales vor, sie würde das neoliberale Modell lediglich legitimieren, anstatt es zu verändern. Der Analyst und Rechtsanwalt Ronald Hurtado Paravicini findet dazu harsche Worte: „Das Einzige, was die Regierung gemacht hat, ist die Umsetzung des Dekrets 3058 [das unter Mesa verabschiedete Gesetz]. Es gibt keine Nationalisierung, es ist bloß ein Spektakel, eine Show um mehr Stimmen für die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung zu gewinnen.“¹¹

Das Institut CEDIB kritisiert zudem, mit den Unternehmen würde viel zu vorsichtig umgegangen: „Es wird keine Sanktionen wegen illegaler Bereicherung geben, die die Unternehmen über Jahre hinweg begangen haben, es wird keine Bestrafung geben dafür, dass sie die Frist, die ihnen das Dekret 3058 gesetzt hat, [...] missachtet haben und es hat auch keine Entscheidung darüber gegeben, die Unternehmen aufgrund der Verbrechen, die sie begangen haben, zu bestrafen: Umweltvergehen, Steuerhinterziehung, Schmuggel etc.“¹²

Dennoch kommen die Autoren der CEDIB zu dem Ergebnis, dass das Dekret von Morales „ein wichtiger Schritt ist, der einige wesentliche Fortschritte zur Lösung des Problems im Energiesektor bietet und der zumindest manche Aspekte des politischen Programms der MAS [die Partei von Morales] realisiert.“¹³

Dies sieht die Rechte des Landes ganz

anders: „In Bolivien hat es keine Nationalisierung, sondern eine Konfiszierung gegeben“, meint Journalist und Mitglied der rechtskonservativen Partei ADN, Jose Brechner. Er prophezeit Bolivien den wirtschaftlichen Zusammenbruch: „Die aggressive Nationalisierung der Energieressourcen kann dazu führen, dass Brasilien vor dem Gerichtshof in Den Haag klagt, falls Petrobras nicht entschädigt wird und dies könnte der Beginn eines internationalen Boykotts gegen Bolivien sein.“¹⁴ Ähnlich der Präsident der Industrie- und Handelskammer im Department Santa Cruz: „Die Regierung hat eine Entscheidung getroffen, ohne die wirtschaftlichen und rechtlichen Konsequenzen für alle Bolivianer zu bedenken.“¹⁵ Diese Entscheidung werde zu einer internationalen Isolation Boliviens führen.¹⁶ Der Präsident der nationalen Industriekammer hingegen kann in dem Dekret selbst keine Gefahr erkennen, da es keine entscheidenden Veränderungen mit sich bringe. Dennoch befürchtet er, die Regierung Morales könne den Einfluss des Staates in die Wirtschaft weiter erhöhen.¹⁷ Auch wenn es diese vereinzelte Kritik seitens der Unternehmer in Bolivien gegeben hat, waren sie im Allgemeinen zurückhaltend, im Gegensatz zu den Regierungen der Nachbarländer, einigen europäischen Regierungen und der EU.

Betrogene Freunde

Die Regierungen Argentiniens und Brasiliens reagierten auf die Nationalisierung mit Erstaunen. Sofort wurde ein Sondertreffen mit Bolivien und Venezuela vereinbart. Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Lula) zeigte sich gekränkt, dass Morales ihm die Entschei-

dung nicht im Vorhinein mitgeteilt hatte und es über die Medien erfuhr. Die brasilianische Regierung erklärte, es habe sich um eine unfreundliche Aktion gehandelt, auch wenn Lula beim Treffen mit Kirchner, Chavez und Morales betonte, er akzeptiere die souveräne Entscheidung Boliviens. Die kritische Reaktion ist vor allem mit dem innenpolitischen Druck, dem Lula ausgesetzt ist, zu erklären. Brasilien ist zum einen vom bolivianischen Gas abhängig,¹⁸ zum anderen ist Petrobras ein brasilianisches Staatsunternehmen. Die Reaktionen der brasilianischen Medien auf die Nationalisierung waren heftig. Das Radio Joven Panamericana aus Sao Paulo erklärte, dies sei ein Krieg gegen Petrobras. Eine weit verbreitete Zeitschrift titelte: Der „Indio mag Petrobras nicht“ und bezeichnete die Nationalisierung als Diebstahl, wobei die Bezeichnung „Indio“ als rassistische Beleidigung verstanden werden muss. Und O Globo aus São Paulo meint, „Bolivien ist kein Land, dem man trauern kann.“¹⁹

Nachdem die Wogen mit dem Treffen der Regierungschefs vorerst geglättet waren, eskalierte der Streit während des EU-Lateinamerikagipfels in Wien erneut, da Morales den beiden Unternehmen Repsol und Petrobras vorgeworfen hatte, sie hätten sich in Bolivien illegal bereichert. In den darauf folgenden Monaten wechselten sich Anschuldigungen seitens der Regierung in Brasilia mit Solidaritätsbekundungen mit dem bolivianischen Volk ab. Nicht zu überhören war dabei der arrogante Unterton der Regierung Lula: „Zärtlich zu sein löst mehr Probleme als hart zu sein, denn Bolivien ist das ärmste Land in Südamerika und Bolivien braucht Hilfe, keine Arroganz.“ Gleichzeitig drohte er dem „kleinen Partner“ auf wenig zärtliche Art und Weise. Im Zweifelsfall werde man das Thema vor einem internationalen Streitschlichter, wie etwa der Weltbank, verhandeln. Lula selbst sagte wegen Unstimmigkeiten die Reise seines Energieministers nach Bolivien ab.²⁰

Die Opposition forderte gar den Abzug des brasilianischen Botschafters²¹ und wirft Lula vor, er sei aus „ideologischen Gründen“ zu weich mit Morales. Im September schließlich setzte die Regierung Morales die Nationalisierung aus. Dies bedeutete gleichzeitig den Rücktritt des Energieministers Andrés Soliz Rada in Bolivien und zeigt, wie hoch der Druck seitens Brasiliens ist, aller Rhetorik zum Trotz.

Zu erklären ist das wechselhafte Verhalten Brasiliens auch mit dem Ringen um die Vormachtstellung in Südamerika, vor allem in Konkurrenz zu Venezuela. Die Beziehung Morales - Chavez ist dem „Subimperialisten“ (so voltairenet) Brasilien zu eng,



„Bis heute vermutet Lula, das die bolivianische Initiative die Handschrift Venezuelas trägt, um Brasiliens Einfluss auf Bolivien zu mindern“,²² so die argentinische Zeitung „Pagina 12“.

Argentinien, das vor allem von der Preiserhöhung betroffen ist, reagierte gelassener auf die Nationalisierung. „Página 12“ zitiert einen Diplomaten mit den Worten: „Was Evo gemacht hat, kann man nur mit Einfältigkeit erklären“.²³ Der argentinische Präsident Néstor Kirchner reagierte positiv auf die Nationalisierung: „Wir respektieren und begrüßen die souveräne Entscheidung [...] des bolivianischen Volkes.“²⁴ Die argentinische und bolivianische Regierung handelten im Juli einen neuen Preis für das bolivianische Erdgas aus, was relativ wenig Protest in Argentinien auslöste.

Der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, begrüßte die Nationalisierung von Evo Morales uneingeschränkt. Morales leugnet zwar den Einfluss Chavez auf seine Entscheidung, dies wird ihm aber weder von den Bolivianern noch vom Ausland abgenommen. Die Nationalisierung entspricht Chavez Politik in der Region. Es ermöglicht ihm gleichzeitig mehr Einfluss auf die bolivianische Gaspolitik zu nehmen und bedeutet Aufträge für die venezolanische Staatsfirma Pdvs. Bisher werden die Aufträge jedoch als solidarische Unterstützer- und Beraterleistung deklariert.²⁵

Gemeinsam für europäische Wirtschaftsinteressen: die Reaktion der europäischen Regierungen auf die Nationalisierung

Die EU schenkt der Entscheidung Morales viel Aufmerksamkeit, war doch die Nationalisierung beim EU-Lateinamerika Gipfel eines der zentralen Themen.

Johannes Laitemberger, Pressesprecher von José Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, erklärte am 2. Mai: „Die Kommission hat von dem Dekret mit großer Besorgnis Kenntnis genommen. [...] Wir hätten gewünscht, dass zuvor eine Beratung [zwischen der bolivianischen Regierung und der EU] stattgefunden und es eine Diskussion [über das Dekret] gegeben hätte, bevor dieses verabschiedet worden wäre.“²⁶ Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, dass sie die Details der Entscheidung prüfen und analysieren werde, „welchen Einfluss dies auf Bolivien und auf ausländische Investitionen dort haben wird.“²⁷ Es ist schon eine recht seltsame Vorstellung, Bolivien habe Entscheidungen mit anderen Regierungen zu diskutieren oder gar abzuspüren. Das Erstaunen über das Dekret ist auch heuchlerisch, handelt es sich doch vor allem um eine Bestätigung des bereits

2005 verabschiedeten Gesetzes.

In den Tagen nach der Nationalisierung folgten Stellungnahmen verschiedener Vertreter der EU. Der Tenor war stets der gleiche. Zwar akzeptiere man die Entscheidung (was bleibt auch anderes übrig), warnt Bolivien aber davor, Investoren zu vergraulen, schließlich seien sie auf Rechtssicherheit angewiesen. Javier Solana fügte hinzu, die Rechtsunsicherheit fördere „die politische und wirtschaftliche Entwicklung“ des Landes nicht.

Die stärkste Kritik kam aus Spanien, da Repsol ein spanisches Unternehmen ist. Auch wenn sich Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero sich weitestgehend darauf beschränkte, Rechtssicherheit einzufordern und eine Delegation nach La Paz schickte, um mit der bolivianischen Regierung zu verhandeln, bzw. „sich informieren zu lassen“, warnte das spanische Außenministerium in einem Brief vor Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen, ohne zu erläutern, was darunter zu verstehen sei.²⁸ Der ehemalige Ministerpräsident Spaniens González bezeichnet das Verhalten von Evo Morales als orientierungslos und zeigte sich vor allem um das bolivianische Volk besorgt. Zudem erklärte er, dass es Dinge gibt „die zwar vom Standpunkt [...] der nationalen Souveränität legitim seien, dennoch mit internationalem Recht kollidierten.“²⁹ Die Opposition in Spanien kritisierte, die Regierung Zapatero setze sich nicht ausreichend für spanische Unternehmen in Bolivien ein. Der Vorsitzenden der konservativen Partei Partido Popular, Mariano Rajoy, erklärte, die Regierung habe es geschafft, dass Spanien allen Respekt in der Welt verloren habe und dessen hypothetische Freunde (gemeint sind Morales und Chavez) Spanier in Venezuela enteignen und die Interessen der Unternehmen in Bolivien angreifen.³⁰ Die Regierung solle die Interessen der spanischen Unternehmen verteidigen: „denn es sind unsere Unternehmen, sie schaffen Arbeitsplätze für Spanier, es sind spanische Aktionäre und sie schaffen Reichtum für Spanien.“³¹ Zapatero solle sich nicht mit Morales unterhalten, er solle fordern, dass „die Gesetze eingehalten



Der bolivianische Präsident Evo Morales

werden, dass Rechtssicherheit existiert und dass Abkommen eingehalten werden.“³² Bolivien verstößt jedoch mit seiner Politik gegen keine Abkommen, weder bilaterale noch internationale, weswegen die Regierung in Bolivien gelassen auf Androhungen, internationale Gerichte einzuschalten, reagiert.

Während des Besuchs von Evo Morales im europäischen Parlament am 15. Mai griff ihn der konservative spanische Abgeordnete José Salafranca scharf an: „Die Nationalisierung über Nacht ist kein freundliches Zeichen und inkompatibel, sowohl formell als auch inhaltlich mit den Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Bolivien.“³³

Die Aufregung in Spanien ist nicht allein auf die befürchteten geringeren Gewinne von Repsol zurückzuführen. Vielmehr könnte Bolivien ein schlechtes Beispiel für andere Länder in Lateinamerika sein und es besteht die Angst, wenn man Bolivien dies „durchgehen“ ließe, weitere Länder folgten. Während der Privatisierungswelle in Lateinamerika profitierten vor allem spanische Unternehmen, allen voran die spanische Telefongesellschaft Telefonica, die Bank Santander, die Bank BBVA, der Energieversorger Endesa, das Erdgas- und Erdölunternehmen Repsol u.a.. „Lateinamerika hat es ermöglicht, dass Telefonica zu einem Weltmarktführer wurde, Repsol YPF dem Club der größten Ölunternehmen beitreten konnte. [In Lateinamerika] werden zwischen einem Drittel und

der Hälfte aller Gewinne der großen spanischen Banken gemacht,³⁴ schreibt die spanische Internetzeitung El Correo Digital. Dies alles scheint nun in Gefahr: „Die spanischen Unternehmen werden unruhig, aufgrund des Verhaltens von Hugo Chávez, gepaart mit dem dubiosen Verhalten des Argentiniers Kirchner und den Ankündigungen des Bolivianers Morales [...].“³⁵ Tatsächlich fordern soziale Bewegungen und Organisationen auch in anderen Ländern Lateinamerikas, privatisierte Unternehmen zu verstaatlichen und vor allem den Export von natürlichen Ressourcen höher zu besteuern. Die Nationalisierung in Bolivien hat in Argentinien die Diskussion um die Verstaatlichung der Energieresourcen angeheizt und auch hier wäre vor allem Repsol betroffen. Ollanta Humalla, der bei der Wahl im April 2006 für die Präsidentschaft in Peru kandidierte und erst im Juni in der zweiten Runde gegen Alan García Pérez verlor, hatte angekündigt, dem Beispiel Boliviens zu folgen und ebenfalls verschiedene Unternehmen zu verstaatlichen.

In Bolivien ist auch ein deutsches Unternehmen von dem Dekret Morales betroffen. Die Firma Marquard & Bahl AG/Oiltanking GmbH betreibt seit dem Jahr 2000 19 Gaslager und ca. 1500 km Gaspipeline. Daher ließ auch ein Kommentar von Außenminister Walter Steinmeier nicht lange auf sich warten. Am 2. Mai erklärte er, die Nationalisierung sei keine günstige Ausgangsbedingung für Boliviens Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachbarstaaten und für den wirtschaftlichen Austausch mit Europa.³⁶ Auch wenn kaum deutsche Wirtschaftsinteressen von der Nationalisierung betroffen sind, warnt die Südamerika-Expertin des deutschen Industrie- und Handelskammertages Barbara Konner: „Wir sehen aber eine negative Signalwirkung, die hoffentlich nicht auf die Region ausstrahlt.“ In Brasilien und Argentinien sind deutsche Unternehmen u.a. Siemens und die BASF Tochter Wintershall an der Gasförderung beteiligt. Der österreichische Kanzler Schüssel erklärte Morales: „Wenn jemand ausländische Investitionen hat, muss man sichere Rahmenbedingungen schaffen, damit die Investoren einen Ertrag haben.“³⁷ Aus Frankreich war zu hören, dass Chirac an Morales appelliere, die Rechtssicherheit und die Interessen der französischen Firma Total zu wahren.³⁸ Der britische Premier Tony Blair forderte von Morales seine Macht verantwortungsvoll zu nutzen.³⁹

Damit sind sich die europäischen Regierungen einig, dass die Ressourcen Boliviens weiterhin zwischen ihnen aufgeteilt werden

sollen. Das Säbelrasseln dieser Regierungen und der Europäischen Union muss als Warnung vor radikaleren Maßnahmen gesehen werden, selbst wenn die Bolivianer diese fordern. Auch die anderen lateinamerikanischen Staaten sind damit gewarnt, dem Vorbild Boliviens zu folgen.

Doch die Bolivianer haben aus der Geschichte gelernt. Das Silber des „Cerro Rico“ in Potosi, das Zinn von Oruro, das Tropenholz. Vom Reichtum des Landes profitierte und profitiert Europa und eine kleine weiße Oberschicht. „Die Erinnerung schmerzt und lehrt: die nicht erneuerbaren Ressourcen gehen ohne sich zu verabschieden und kommen nie wieder,“⁴⁰ schreibt Eduardo Galeano. So lange dies weiter praktiziert wird, werden sich die Bewegungen wehren. Jede Regierung, die versucht, das bestehende System aufrechtzuerhalten, wird Schwierigkeiten haben, an der Macht zu bleiben. Widerstand gegen die herrschenden Strukturen zeigt sich auch in anderen lateinamerikanischen Ländern. Es bleibt abzuwarten, ob die Bewegungen Erfolg haben, indem ihre Regierungen ihre Forderungen erfüllen oder ob die internationalen Unternehmen gestützt auf die EU und die Regierungen der Länder in Europa weiterhin ihr koloniales Verhalten beibehalten können. Die Dreistigkeit der internationalen Reaktionen zeugt davon, dass die europäischen Regierungen nicht begriffen haben, dass es den Bewegungen in Lateinamerika ernst ist mit der Forderung, den Reichtum der Länder für ihre Gesellschaften zu nutzen.

Anmerkungen

¹ Evo Morales: se acabó el saqueo de las petroleras internacionales, La Jornada 02.05.06, URL: www.jornada.unam.mx.

² Chavez e Morales abuzam de Lula, Folha de São Paulo 12.05.06, URL: <http://www.folha.uol.com.br>.

³ Morales atacó a las petroleras y descartó indemnizaciones, Clarin 12.05.06, URL: <http://www.clarin.com>.

⁴ Se trunca la nacionalización, BolPress 11.08.06, URL: www.bolpress.com.

⁵ detaillierte Analyse des Dekrets: En el Marco de la ley 3058 se „nacionalizan“ los hidrocarburos en Bolivia, Bolivia Press 07.05.06, URL: <http://www.cedib.org>.

⁶ In Venezuela mussten im April diesen Jahres die französische Firma Total und die italienische Firma Eni ihre Ölfelder an den Staat abgeben, da sie mit den veränderten Konditionen für die Ölförderung (Steigerung der Abgaben an den Staat) nicht einverstanden waren (Lateinamerika drangsalierierte ausländische Ölkonzerne, FAZ 27.04.06).

⁷ Bolivia suspende las medidas sobre Petrobras tras las advertencias de la empresa, El País 15.09.06, URL: www.elpais.es.

⁸ Repsol: Fiscales ponen en aprietos a Evo, econoticias 28.08.06, URL: www.econoticiasbolivia.com.

⁹ La nacionalización divide a las regiones, sindicatos y partidos, La Prensa 02.05.06, URL: <http://www.la-razon.com>.

¹⁰ Arze Vargas, Carlos (2006): Legitimando el orden neoliberal, CEDLA, La Paz.

¹¹ Bolivia: la nacionalización ficticia de Evo, econoti-

cias 2.05.06, URL: econoticiasbolivia.com

¹² En el Marco de la ley 3058 se „nacionalizan“ los hidrocarburos en Bolivia, Bolivia Press 07.05.06, URL: <http://www.cedib.org>

¹³ ders.

¹⁴ Stiglitz, nuevo ídolo boliviano, El Iberoamericano 05.07.06, URL: www.eliberoamericano.com.

¹⁵ Las petroleras están preocupadas, pero todavía confían en el diálogo, La Razon 03.05.06, URL: www.la-razon.com.

¹⁶ Los empresarios denuncian que la nacionalización traerá consecuencias negativas para los bolivianos, El Diario Exterior 04.05.06, URL: www.eldiarioexterior.com.

¹⁷ Empresarios y analistas bolivianos dicen ¡No! a nacionalizaciones, El Mercurio 16.09.05, URL: www.emol.cl

¹⁸ 51% des Erdgases in Brasilien ist aus Bolivien importiert und das industrielle Zentrum Sao Paulo ist zu 75% vom bolivianischen Gas abhängig.

¹⁹ Brasil X Bolivia, 15.09.06 O Globo, URL: www.oglobo.globo.com.

²⁰ Gobierno retrocede, congela medida de la nacionalización, Agencia Boliviana de Información 15.09.06, URL: www.comunica.gov.bo.

²¹ En Brasil dicen que Lula tuvo un actitud débil ante Evo, Clarin 05.05.06, URL: www.clarin.com.

²² Lula y Evo se pelearon por el petróleo, Pagina12 15.09.06, URL: www.pagina12.com.ar

²³ El Mercosur, Zapatero y Kirchner, revolucionados, Pagina 12 12.05.06, URL: www.pagina12.com.ar

²⁴ Cumbre termina sin solución, El Universal 05.05.06, eluniversal.com

²⁵ Venezuela invierte en Bolivia, BBC Mundo 23.05.06, URL: <http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/news/>.

²⁶ Bruselas lamenta que Bolivia no le consultase antes de aprobar la nacionalización de los hidrocarburos, El Mundo 02.05.06, www.elmundo.es.

²⁷ Soldados besetzen Raffinerien in Bolivien, ZDF heute 02.05.06, URL: www.heute.de.

²⁸ Convocatoria del encargado de negocios boliviano por el Ministerio de Asuntos Exteriores, El Mundo 02.05.06, URL: www.elmundo.es.

²⁹ Felipe González reprocha a Morales su „error de orientación“ al nacionalizar los hidrocarburos, El Diario Exterior 09.05.06, URL: www.eldiarioexterior.com

³⁰ Mariano Rajoy: „A España se le ha perdido respeto en todo el mundo“, Diario Exterior 17.05.06, URL: eldiarioexterior.com

³¹ En España, la oposición critica la falta de reacción de Zapatero, Clarin 04.05.06, URL: www.clarin.com

³² Si Zapatero no quiere que entre aquí una empresa alemana, ¿Cómo puede quijarse de la nacionalización de Bolivia? Libertad Digital 04.05.06, URL: www.libertaddigital.com.

³³ Morales discusses nationalisation, coca and Cuba with Foreign Affairs Committee, Presseerklärung des europäischen Parlaments, 16.05.06, URL: www.europarl.europa.eu

³⁴ Las empresas españolas temen que el ejemplo de Bolivia se extienda por Latinoamérica. El correo digital 07.05.06, URL: www.elcorreoedigital.com.

³⁵ ders.

³⁶ „Das ist erst der Anfang“, Die Zeit 02.05.06, URL: www.zeit.de.

³⁷ EULAC: Schüssel: „Starke Schub- und Sogwirkung“, Die Presse 12.05.06, URL: www.diepresse.com.

³⁸ Crisi Group (2006): El incierto camino de las reformas en Bolivia, S.27.

³⁹ Blair urges Chavez, Morales to use energy wisely, Forbes 12.05.06, URL: www.forbes.com

⁴⁰ Galeano, Eduardo: El país que quiere existir, Rebellion 24.10.03, URL: www.rebellion.org

Am Congo gibt's Alles!

Wie über Wahlen ein Land an die „internationale Gemeinschaft“ verscherbelt wird.

von Christoph Marischka

Wenn es um die Rohstoffe in der DRC geht, kommt EU-Entwicklungskommissar Louis Michel ins Schwärmen: Das Land sei sehr reich, kreditwürdig sozusagen, dort gäbe es, so Michel: alles! Das Problem der DRC seien nicht die wirtschaftlichen Interessen Europas. Das Problem sei eben das fehlende Interesse ausländischer Investoren. Die Plünderung der Ressourcen würde mittlerweile nur noch durch die inneren Kräfte des Landes erfolgen: „Ich wünsche mir, dass europäische Unternehmen in Ländern wie der DRC investieren, sie haben es nötig.“

Ein solcher Investor ist George Forrest, dessen Vater noch zu Zeiten der belgischen Kolonialherrschaft mit der Ausbeutung kongolesischer Kupferminen ein Firmenimperium schuf, er baue dort Schulen, Krankenhäuser und brächte Arbeit. George Forrest hat 400 Millionen US Dollar in eine Kupfermine in Kamato investiert und - wohl um sicherzugehen, dass sich dieses Geld auch auszahlt - Kabilas Wahlkampf unterstützt. Außerdem wollte er kürzlich im benachbarten Tansania eine Munitionsfabrik bauen, weshalb Michel schnell hinzufügt, er wolle seinen Landsmann damit nicht verteidigen und überhaupt habe er ihn nur drei mal in seinem Leben getroffen.

Dennoch sei es völlig legitim, wirtschaftliche Partnerschaften mit der DRC anzustreben meinte Michel, als er sich im Europäischen Parlament gegen Vorwürfe von Tobias Pflueger verteidigen musste, er habe im Interesse belgischer Unternehmer einseitig Kabila als Kandidaten im Wahlprozess unterstützt. Dafür sei es nötig, den Staat am Congo neu zu gründen, selbst von einer Wiedergeburt ist die Rede. Louis Michel ist stolz, bei dieser Wiedergeburt eine Rolle gespielt zu haben.¹

Staaten bauen: Wahlen

1999 bis 2004 war der EU-Entwicklungskommissar belgischer Außen- und Außenhandelsminister und hat bereits zu dieser Zeit so gute Kontakte mit Kabila gepflegt, dass ihm der Spitzname „Kabilou“ gegeben wurde.² Als Außenminister der ehemaligen Kolonialmacht war er an Kabilas Machtübernahme nach dem Mord an dessen

Vater ebenso beteiligt wie an der Ausgestaltung des so genannten „Friedensprozesses“ in der DRC, der Kabila zum Präsidenten einer Übergangsregierung machte und die mächtigsten Warlords als Vizepräsidenten nach Kinshasa holte. Aufgabe der Übergangsregierung war die Vorbereitung der ersten freien Wahlen seit 1960, eigentlich bis 30. Juni 2005. Faktisch diente die Übergangsregierung den Warlords und Eliten als Raum, um die Pfründe untereinander zu verteilen. In Kinshasa, ganz im Westen der DRC, wurde jedoch weiterhin über die Machtverhältnisse im rohstoffreichen Osten verhandelt, wo der Konflikt mit niedriger Intensität und die systematische Plünderung der Bodenschätze weitergingen. Diese Regierung hatte verständlicherweise wenig Interesse an der Vorbereitung der Wahlen, die weitgehend aus dem Ausland organisiert wurden. Kabila, der nach dem Tod seines Vaters ohnehin nur mit Unterstützung des Auslands ohne jede rechtliche Grundlage Präsident wurde, konnte seine Beziehungen zu den europäischen Staaten und den USA in dieser Zeit weiter ausbauen, indem er per Dekret, aber wiederum ohne rechtli-

che Grundlage, Bergbaukonzessionen und Anteile an Staatsbetrieben an ausländische Firmen verscherbelte.³ Innerhalb der DRC brachte ihm das den Ruf ein, vom Ausland eingesetzt und gesteuert zu sein, was sein Gegenkandidat, Jean-Pierre Bemba, in einer widerlich-nationalistischen Wahlkampagne gegen ihn nutzen konnte.

Die Vorbereitung der Wahlen wurde der „Unabhängigen Wahlkommission“ (CEI), einer Anstalt öffentlichen Rechts übertragen, die außer von der Übergangsregierung v.a. von den UN, USAID, verschiedenen Einzelstaaten und mit 165 Mio. Euro von der EU finanziert wird. Außerdem wurde mit dem Friedensabkommen von 2002 noch ein Internationales Komitee zur Begleitung der Transition (CIAT, gelegentlich auch als „Gebergruppe“ bezeichnet) eingerichtet, das sich aus diplomatischen Vertretern der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, Südafrikas, Belgiens, Kanadas, Sambias, Mosambiks, Angolas und der jeweilige Präsidentschaft der Europäischen Union zusammensetzt. Es stellt nicht nur eine Autorität gegenüber den internationalen Medien zur Bewertung und Schönfärbung der politischen Entwicklungen in der DRC dar, sondern übt kontinuierlich Druck auf die Präsidentschaftskandidaten und den kongolesischen Senat aus. Eines der größten Anliegen des CIAT war die Verabschiedung einer weiteren Übergangsverfassung im Frühjahr 2006, die sowohl eine weitere Verschiebung der Wahlen als auch durch eine Ausnahmeregelung die Kandidatur des erst 33-jährigen Kabilas ermöglichte.⁴ Zur Überwachung des Urnengangs



entsandte die EU knapp 800 Soldaten nach Kinshasa und 1200 weitere zur Unterstützung ins benachbarte Gabun – ehemals französische Kolonie. Dass Louis Michel als europäischer Repräsentant gegenüber dem belgischen Sender RTL-TV in mitten des Wahlkampfes Kabila als „Hoffnung für den Kongo“ bezeichnete, drang auch schnell in die DRC vor. Die Bevölkerung, die sich durch die Gegenwart ausländischer Truppen in der Hauptstadt ohnehin an Zeiten des finstersten Kolonialismus erinnert fühlt, reagierte darauf empört und hat vermutlich nicht zuletzt deshalb in der Hauptstadt ihre Stimmen in überwiegender Mehrheit dessen schärfsten Konkurrenten Bemba geschenkt. In Verteidigung seiner Teilnahme für Kabila bezeichnete Michel zwar auch diesen als Hoffnungsträger für den Kongo, nur um gleich darauf jedoch seine Wahlkampagne als populistisch und rassistisch zu bezeichnen. Darüber hinaus stehe er mit beiden übrig gebliebenen Kandidaten – Kabila und Bemba – in regelmäßigen persönlichen Kontakt und ermahne sie, den Wahlkampf um politische Fragen zu führen. Außerdem, so Michel, würde auch der Unterlegene der wahrscheinlich am 29. Oktober stattfindenden Stichwahl weiter eine politische Rolle spielen. In der DRC werden solche Äußerungen schon länger so interpretiert, dass Bemba als Vize-Präsident vorgesehen wäre.

Unabhängig davon ist jetzt schon abzusehen, dass die nationalen Wahlen mit ungeheurem Aufwand die vorangegangenen politischen Verhältnisse lediglich reproduzieren werden, von einer Neugeburt also keine Rede sein kann. Stärkster Mann wird vermutlich Kabila bleiben, dessen Macht auf internationalen Kontakten, seiner Präsidentengarde und Loyalitäten in der nationalen Armee beruht, zweitstärkster ist und bleibt Bemba, ein Erbe der Mobutu-Diktatur, dessen Macht darüber hinaus auf einer markig-rassistischen Rhetorik und seinen Milizen beruht. Beide verfügten bereits zuvor über eigene Radio- und TV-Stationen sowie ausreichende finanzielle Mittel, um einen landesweiten Wahlkampf zu führen. Eben dies war selbst denjenigen der anderen Präsidentschaftskandidaten nicht möglich, die aus dem Ausland kamen. Gänzlich chancenlos blieb die zivile Opposition aus der DRC. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, der UDPS, rief deshalb auch zum Boykott der Wahlen auf, nachdem er sich ebenfalls aufstellen lassen wollte, vom CIAT aber nicht hinreichend unterstützt fühlte. Auch die sehr einflussreichen katholischen Bischöfe riefen vorübergehend wegen offensichtlicher Manipulationen im Vorfeld dazu auf,

nicht zu wählen und die Ergebnisse nicht anzuerkennen. Beide Organisationen zogen jedoch später ihren Boykottaufruf mehr oder weniger offiziell zurück und riefen zur Wahl Bembas auf, da deutlich wurde, dass die „internationale Gemeinschaft“ das Ergebnis ganz klar durchsetzen würde, auch wenn die Mehrheit für Kabila knapp und der Boykott noch so erfolgreich wäre. Zwar sind die in Bemba gesetzten Hoffnungen nicht groß, es wird aber angenommen, dass er die Reichtümer der DRC eher einer nationalen, Kabila hingegen einer internationalen Elite zugänglich machen würde.

Im ersten Wahlgang erreichte Kabila über vierzig Prozent, Bemba knapp zwanzig, selbst unter denjenigen, die sich für die Wahl haben registrieren lassen, gingen mehr Menschen gar nicht wählen als für Kabila stimmten. Problematisch ist jedoch die Mehrheit für Bemba in einigen großen Städten und v.a. in Kinshasa. Hier ist es die Bevölkerung gewohnt, sich mit Protesten auf der Straße politisch Gehör zu verschaffen. In der verhältnismäßig friedlichen Hauptstadt könnte es also zu großen Unruhen gegen das Ergebnis der Wahlen kommen, die von der Bevölkerung mit Fug und Recht als unfair eingestuft wird.

Mit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse kam es zu einer ersten Eskalation. Zwei Radio- und Fernsehsender Bembas wurden von der Polizei geschlossen, nach offiziellen Angaben aufgrund von „Hasspropaganda“. Dabei kam es zu Gefechten zwischen den Truppen Kabilas und Bembas, wobei die eine Seite einen Jeep eroberte und die andere zwei Geiseln nahm. Am nächsten Tag griffen Kabilas Soldaten Bembas Residenz an, in der sich gerade 14 Diplomaten des CIAT versammelt hatten (darunter nach Angaben der FAZ auch der deutsche Botschafter).⁵ Dies bot Anlass, ein erstes Mal die EU-Mission zur Absicherung der Wahlen (EUFOR DRC) zum Einsatz zu bringen, um die Diplomaten zu evakuieren, was allerdings nur unter dem Schutz der UN-Mission MONUC möglich war. Die Gefechte zwischen den Anhängern Kabilas und Bembas flauten nach drei Tagen ab und sollen nun von einer Kommission untersucht werden, der beide Parteien angehören.

Staaten bauen: Sicherheitssektor

Lange bevor die Vorbereitungen der Wahlen konkret wurden, begann die so genannte Sicherheitssektorreform in der DRC. An vorderster Front ist hier die UN-Mission MONUC beteiligt, die, mit robustem Mandat ausgerüstet, zunächst den Waffenstillstand von 1999 überwachen sollte und seitdem Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen vornimmt.

Es geht dabei darum, einerseits gegen Milizen vorzugehen und andererseits in Entwaffnungscamps Milizionäre gegen die Abgabe ihrer Waffen in die neue integrierte nationale Armee FARDC einzugliedern, die der künftigen Regierung unterstehen soll. Die MONUC besteht aus fast 17.000 Soldaten, die v.a. aus Indien, Pakistan, Uruguay, Südafrika, Bangladesh und Nepal stammen. Obwohl ihr nur drei Soldaten aus Frankreich angehören, untersteht sie französischer Leitung, seit Deutschland die Führung der jüngsten EU-Mission in der DRC übernommen hat, spricht für sie auch ein „politischer Direktor“ aus dem auswärtigen Amt, Albrecht Conze. Trotz der zunächst beeindruckenden Zahl von Soldaten ist der Wirkungsgrad der MONUC in einem Land von der Größe Westeuropas gering. Die Entwaffnung der Milizionäre stellt sich oft als eine Wiederbewaffnung der Milizen dar, da sich oft ganze Truppenteile wieder aus der Armee ausgliedern, mit den neuen Waffen fortan auf eigene Rechnung Krieg führen oder sich wieder ihren Milizen anschließen. Die neue integrierte Armee ist zudem weitgehend führungslos, untersteht also an verschiedenen Orten eher alten Loyalitäten gegenüber Kabila oder lokalen Machthabern, als der bislang abstrakten Regierung. Bei der Jagd auf Milizen ist die MONUC auf Unterstützung der FARDC angewiesen und musste bisweilen tatenlos zusehen, wie diese nach getaner Arbeit zur Plünderung der umliegenden Dörfer überging und die Hütten mutmaßlicher Unterstützer in Brand steckte.⁶ Was die MONUC rein praktisch leistet, ist, in einem Land, das nur einige hundert Kilometer asphaltierter Straßen vorweisen kann, eine Infrastruktur von Flughäfen und Hubschrauberlandeplätzen für die „internationale Gemeinschaft“ zur Verfügung zu stellen sowie die Aktionsräume einiger europäischer Unternehmer abzusichern.⁷

Kofi Annan forderte von der EU mehrfach auch personelle Unterstützung der MONUC. Diese wurde jedoch stets abgelehnt und Annan lernte, dass er mehr Erfolg haben würde, wenn er der EU eigene Missionen entsprechend ihrer neu entwickelten Fähigkeiten anbot. Die erste solche Mission war Artemis im Sommer 2003, als für drei Monate die Stadt Bunia durch die erste operationell komplett eigenständige EU-Mission gesichert wurde. 2005 gingen zwei weitere Anfragen an die EU, die Reform des Sicherheitssektors der DRC durch eigene Einsätze voranzutreiben. EUPOL Kinshasa hatte zum Ziel, spezielle Polizeieinheiten zum Schutz der Übergangsregierung durch EU-Kräfte auszubilden. Dies geschah nur wenige Monate bevor diese eigentlich

durch Wahlen abgelöst werden sollte und die Verschiebung dieser Wahlen zu Protesten führte, bei denen die Polizei mehrere Demonstranten erschoss.⁸ Die Polizei stellt in der DRC als weitere bewaffnete Gruppe grundsätzlich eine Bedrohung gegenüber der Bevölkerung dar, wenn ihre Aufgabe der Schutz der zerstrittenen Übergangsregierung ist, so heißt dies im Wesentlichen, dass sie - wenn überhaupt - dem Präsidenten Kabila oder der „internationalen Gemeinschaft“ untersteht.

Wenige Wochen nach EUPOL Kinshasa begann die dritte ESVP-Mission in der DRC, EUSEC DR CONGO. Deren 12-monatiges Mandat wurde Juni 2006 verlängert, ohne dass es auch nur einen offiziellen Zwischenbericht gegeben hätte. Klar ist nur, dass sie die Aufgabe hat, den Sicherheitssektor zu reformieren und insgesamt 31 Einsatzkräfte umfasst, von denen acht als hochrangige Militärs den Kommandostrukturen der FARDC beratend und unterstützend zur Seite stehen sollen.⁹ Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen startete im Juni 2006 die vierte Mission der EU in der DRC, diesmal unter deutscher Leitung. Offizieller Auftrag von EUFOR RD CONGO ist es, mit professionellen Einheiten in der Hauptstadt eventuelle Störer des Wahlprozesses einzuschüchtern sowie notfalls Evakuierungen vorzunehmen. Tatsächlich sind es v.a. Elitetruppen, die mit immensm Aufwand in der Hauptstadt stationiert wurden. Gerade im dicht bevölkerten Kinshasa können sie aber nicht viel ausrichten. Die immer wieder proklamierte Unterstützung der MONUC, die schon viel länger im Land ist und die Verhältnisse kennt, ist absurd. Tatsächlich ist es schwer, sich einen Einsatz vorzustellen, den die EU-Truppe ohne Hilfe der MONUC durchführen könnte, für den die MONUC aber auf die Hilfe der EU-Soldaten angewiesen wäre. Die Regionen im Osten, in denen tatsächlich Milizen die Zivilbevölkerung terrorisieren und ausplündern, sind explizit nicht Einsatzgebiet der EUFOR. Für die EU erfüllt diese Mission einerseits den Zweck, ihr Einsatzspektrum experimentell auszuweiten, andererseits, den politischen Zugriff auf die DRC durch eine eher symbolische Präsenz weiter zu verbessern. Für die DRC und deren Zivilbevölkerung erfüllt sie keinen Zweck, im Gegenteil läuft sie Gefahr, im Laufe des Einsatzes gegen Demonstrationen zum Einsatz zu kommen.

Wiedergeburt?

All diese Missionen wurden von der Übergangsregierung in Person von Kabila offiziell genehmigt. Er übertrug also in ungewohn-

tem Maße seine Souveränitätsrechte an ausländische Akteure wie die EU. Diese konnte auf vier Ebenen Einfluss gewinnen:

1. Durch einen konkreten und unmittelbaren Zugriff auf die polizeilich-militärischen Strukturen, die sie im Rahmen einer Sicherheitssektorreform für die bislang abstrakte Regierung der DRC aufbaute und die direkte militärische Präsenz in der Hauptstadt;
2. Durch Institutionen, welche die politische Herrschaft im Kontext eines Wahlprozesses re-organisierten;
3. Durch wirtschaftliche Verflechtungen, die sie im Rahmen von 1. und 2. herstellen konnte;
4. Durch das Signalisieren von Handlungsfähigkeit und -bereitschaft innerhalb und gegenüber der „internationalen Gemeinschaft.“

Im Ergebnis reproduzieren Sicherheitssektorreform und Wahlprozess innenpolitisch die vorangegangene Situation, außenpolitisch führen sie zu einer stärkeren Bindung der alten und neuen politischen Eliten an Europa und Wettbewerbsvorteile der EU gegenüber den Staaten, die sich auf eine rein wirtschaftliche Ausbeutung der DRC konzentriert haben. Der Preis für diese Neugeburt ist die Gefahr eines weiteren Bürgerkrieges, da mit den Wahlen die Karten innerhalb der alten politisch-militärischen Eliten neu gemischt und unter der Bevölkerung die Hoffnungen auf einen Wandel geweckt wurden. Das Letztere ist vielleicht noch folgenreicher, denn die „Demokratie“, die durch die „internationale Gemeinschaft“ errichtet wird, ist für die Betroffenen nichts anderes als die Kleptokratie und der Despotismus vergangener Tage, den viele von ihnen schon immer als Folge des Kolonialismus angesehen haben.

Deshalb kann Bemba mit seiner nationalistischen Rhetorik gegen Fremdherrschaft so erfolgreich agitieren. Einem Land von den Ausmaßen der DRC kann Demokratie nicht von außen aufgesetzt und niemals durch Soldaten und Gebergruppen importiert werden. Nationale Wahlen machen – wenn überhaupt – erst Sinn, wenn sich im Kleinen und unabhängig demokratische Strukturen entwickeln konnten, wenn die Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand und politischen Leben partizipieren kann und es Kandidaten gibt, die ohne ausländische Unterstützung und eigene Milizen einen landesweiten Wahlkampf führen können.

Anmerkungen

¹ Debatte im Europäischen Parlament vom 05.09.2006; vgl. auch Pflüger, Tobias: Kongo: Kaum Hoffnung auf neutrale Rolle der EU, IMI-Standpunkt 2006/069.

² Eintragung zu Louis Michel bei fr.wikipedia.org.

³ Pelda, Kurt: Wie Kongo-Kinshasa seine Bodenschätze verschleudert - Undurchsichtige Verfahren bei der Erteilung von Bergbaukonzessionen, in NZZ, 19.08.2006.

⁴ Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (IBZ): Demokratische Republik Kongo - Monatsbericht März 2005, <http://www.hss.de/downloads/DemRepKongoMaerz2005.pdf>.

⁵ FAZ.NET (22.08.2006): Schießereien in Kinshasa - Flughafen besetzt.

⁶ Vgl.: Veit, Alex: Massenflucht im Osten des Kongo, taz, 24.11.2005.

⁷ Vgl.: Marischka, Christoph: Den Kopf hinhalten, in: AUSDRUCK (Juni 2006).

⁸ Vgl.: Marischka, Christoph: Manöver am Congo - IMI-Analyse 2005/016, <http://www.imi-online.de/2005.php?id=1190>, und Marischka, Christoph/Wagner, Jürgen: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflueger/Wagner (2006): Welt-Macht Europa, VSA-Verlag.

⁹ Rat der EU: Council Joint Action 2005/355/CFSP, http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_112/l_11220050503en00200023.pdf

EU muss zu Kosovo-Abschiebungen Stellung beziehen

Die Ursachen für die gegenwärtige Situation im Kosovo liegen nicht unwesentlich auch im NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, an dem viele EU-Staaten teilgenommen hatten. Bei diesem Krieg wurden durch Bomben auch von EU-Staaten Zivilisten getötet. Die EU-Staaten haben damals eine völlig einseitige Position bezogen. Es stellt sich die Frage, warum denn heute überhaupt die serbische Minderheit im Kosovo bedroht sei?

Abschiebungen in den Kosovo finden nach wie vor aus vielen EU-Staaten statt. Diese Menschen werden in eine völlig unsichere Situation abgeschoben und das ist unmenschlich und unerträglich. Hier

muss die EU-Kommission endlich klar Stellung beziehen und gegen diese Praxis vorgehen. Außerdem ist davor zu warnen, dass nun die EU auch noch KFOR von der NATO übernehmen will. Es stellt sich die Frage, ob denn bestimmte Menschen nie genug von den ganzen Militäreinsätzen bekommen können, an denen die Union oder EU-Staaten beteiligt sind? EU-Erweiterungskommissar Rehn hat sehr richtig gesagt, dass Geld vor allem in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kosovo und nicht in Militär gesteckt werden sollte. Dann sollte das auch so umgesetzt werden.

Tobias Pflüger

Die NATO in Afghanistan

Vom Nation Building zur globalen Aufstandsbekämpfung

von Jürgen Wagner

Als die NATO im August 2003 das Kommando über die *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan übernahm, hätte sich zum damaligen Zeitpunkt wohl kaum jemand träumen lassen, dass die Allianz dort in einen umfassenden Guerillakrieg verwickelt werden würde, der immer alptraumhaftere Züge annimmt. Insbesondere seit die ISAF im Juli 2006 ihr Einsatzgebiet auch auf die südlichen Provinzen ausdehnte, finden die gewaltsamen Auseinandersetzungen kein Ende.

Der Einsatz, der formal als „Stabilitätsexport“ zur „Friedenssicherung“ begann und bei dem Gewalt nur zur Selbstverteidigung angewendet werden durfte, wird mehr und mehr zur offensiven militärischen Aufstandsbekämpfung. Selten wird allerdings erwähnt, dass die ISAF-Mission maßgeblich zur Eskalation beiträgt, indem sie eine quasi-koloniale Besatzungs- und Ausbeutungsstruktur etabliert hat und diese militärisch absichert. Das völlige Versagen - wohl zurecht innerhalb der afghanischen Bevölkerung als Unwillen interpretiert - die katastrophale humanitäre Situation zu verbessern, sondern stattdessen den Interessen westlicher Konzerne und dem militärischen „Kampf gegen den Terror“ Priorität einzuräumen, hat zur Folge, dass die Truppe inzwischen völlig diskreditiert ist. Für eine wachsende Zahl der Afghanen sind die ISAF-Soldaten nichts anderes als koloniale Besatzer, weshalb die Bereitschaft wächst, diese militärisch zu bekämpfen. Trotz dieser Situation, die eigentlich nahe legen würde, das bisherige Engagement in Afghanistan grundlegend zu überdenken, passiert derzeit genau das Gegenteil. Die NATO versucht die Kontrolle über immer größere Teile des Landes zu übernehmen und verstrickt sich so zunehmend in kriegerische Auseinandersetzungen.

Konsequenterweise verlängerte der Bundestag am 28. September das Mandat für die Teilnahme deutscher Soldaten am ISAF-Kampfeinsatz um ein weiteres Jahr, das es erlaubt, bis zu 3.000 Soldaten einzusetzen. Augenblicklich befinden sich bereits über 2.800 deutsche Soldaten im Land (Stand 20. September). Derzeit weigert sich die Bundesregierung (noch) umfangreich Truppen in den Süden zu entsenden, wo mit Abstand die schwersten Kämpfe statt-

finden. Allerdings deuten die recht deutlich artikulierten Forderungen einiger anderer ISAF-Truppensteller an die Adresse der Bundesregierung darauf hin, sich gefälligst ebenfalls in den militärisch heikelsten Gebieten zu engagieren, dass ein Quantensprung bei der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ bevorstehen könnte. Umso mehr, da das Bundestagsmandat eine solche Ausweitung explizit ermöglicht, sogar ohne weitere Zustimmung des Parlaments.

Der Afghanistan-Einsatz wird von nahezu allen Teilen der westlichen Eilten als prototypisch für künftige Kriege der Allianz angesehen, ein Scheitern ist aus diesem Grund undenkbar. „Es geht um die Zukunft der Nato. Wenn das Bündnis in Afghanistan scheitert, hat es sein Ansehen verspielt“, schreibt das *Handelsblatt*.¹ „Die NATO-Truppen sind in eine blutige Schlacht mit den Taliban verstrickt, sie kämpfen nicht nur um die Kontrolle des afghanischen Südens, sondern um die zukünftige Existenz des Bündnisses“, so die britische *Times*.² Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark brachte es schließlich auf den Punkt: „Nicht nur Afghanistan, sondern die NATO selbst steht auf dem Spiel.“³ Vor diesem Hintergrund ist inzwischen eine Diskussion um die künftige Ausrichtung der NATO entbrannt. Da es nicht in Frage kommt, die Hauptursachen für Kriege und Konflikte - die rigorose Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen des Westens - anzugehen, bleibt wenig anderes übrig, als sich auf die langfristige militärische Kontrolle zahlreicher „Problemstaaten“ einzustellen. Aus diesem Grund werden Forderungen immer lauter, die NATO müsse in Richtung einer globalen Besatzungstruppe umstrukturiert werden, da insbesondere das Beispiel Afghanistan zeige, dass diesbezüglich erhebliche Defizite bestünden. Einiges deutet darauf hin, dass dieses Thema bereits auf dem nächsten NATO-Gipfel, der im November in Riga stattfinden wird, prominent diskutiert werden wird.

Phasen der ISAF-Expansion

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die

US-geführte *Operation Enduring Freedom* im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“, auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die im Gegensatz zur OEF lange offiziell keine offensiven Kampfeinsätze führen durfte und sich gern als reine „Friedensmission“ zur Entwicklungshilfe bezeichnet. Zwar sind OEF und ISAF formal strikt voneinander getrennt, schon aus den jeweiligen Missionsbeschreibungen wird jedoch deutlich, dass dies praktisch unmöglich ist: Laut Bundesregierung hat der „ISAF-Einsatz in Afghanistan unverändert das Ziel, das Land bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Hauptauftrag der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan ist dagegen die Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte und noch existierender terroristischer Gruppierungen der Taliban-, Al-Qaida- und Hekmattar-Anhänger. ISAF und OEF sind getrennte Operationen.“⁴ Allerdings ist die „Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte“ (OEF) von der „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ (ISAF) spätestens seit der Erweiterung des ISAF-Mandatsgebietes auf ganz Afghanistan nicht mehr zu unterscheiden.⁵

Nachdem der ISAF-Aktionsradius zunächst auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 (Ziffer 1) „die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls.“ Darauf hin wurde der NATO-Aktionsradius in drei Schritten vergrößert. In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde das Einflussgebiet auf die nördlichen Provinzen und die dort operierenden „Regionalen Wiederaufbauteams“ (PRTs) ausgedehnt. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen des Landes. Doch damit nicht genug: „Im Dezember 2005 beschlossen die NATO-Außenminister den Einsatz in Afghanistan ‚auf eine neue Stufe anzuheben.‘ In zwei Schritten soll das ISAF-Einsatzgebiet auf den Süden (ab Juli 2006) und den Osten des Landes (ab Herbst 2006) ausgedehnt werden – beides Regionen, in denen zuvor vor allem Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika als Teil der Operation Enduring Freedom (OEF)

agierten.“⁶

Mit der „Südausdehnung“ der ISAF wurde tatsächlich seit Juli 2006 begonnen, was unmittelbar zu schweren Auseinandersetzungen führte. Seither ist die Truppe praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt, so etwa während der Operation „Medusa“ Anfang September, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen.⁷ Am 28. September beschloss der NATO-Rat zudem endgültig die Ausweitung auf 14 weitere Provinzen im Osten, womit etwa 13.000 bislang der OEF unterstellte Truppen unter NATO-Kommando gelangen.⁸

OEF und ISAF: Zwei Truppen, derselbe Krieg

Spätestens nachdem die NATO auch im Süden operiert, sind OEF und ISAF endgültig nicht mehr voneinander zu unterscheiden, worauf seit Längerem hingewiesen wurde. So schrieb Christian Schmidt, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bereits vor einiger Zeit: „Wer weiter auf einer strikten Trennung beharrt, übersieht, dass bei einer Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan sich schon zwangsläufig ISAF und OEF als parallele Einsätze eng abstimmen müssen.“⁹ Im Juli 2006 bestätigte der kürzlich verabschiedete Zivile Repräsentant der NATO in Afghanistan, Hikmet Çetin, zwischen OEF und ISAF komme es mit Phase III der NATO-Expansion zwangsläufig zu einer „schrittweisen Verschmelzung einiger Funktionen.“¹⁰ Wie künstlich die Trennung zwischen OEF und ISAF ist, zeigt wiederum die Stellungnahme der Bundesregierung: „Eine Teilnahme an den Einsätzen der OEF zur Bekämpfung von Terroristen ist unter dem ISAF-Mandat nicht zulässig. Das Recht zur Nothilfe und zur kollektiven Selbstverteidigung ist hiervon nicht berührt.“¹¹ Da die NATO sich mitten in ein Kriegsgebiet ausdehnt, wird „Terrorbekämpfung“ und „Selbstverteidigung“ zu ein und demselben Vorgang.

Zwar betont die Bundesregierung weiterhin, „die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort“, angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen, um den Anschein einer „Friedens- und Stabilisierungsmission“ mühsam aufrecht erhalten zu können.¹² Bereits heute arbeiten ISAF und OEF eng zusammen, sowohl auf Kommandoebene, über den mit „Doppelhut“ fungierenden US-Militär Benjamin C. Freakley, der sowohl für ISAF-Operationen, als auch für die der OEF in den

östlichen Provinzen zuständig ist, als auch konkret bspws. mittels OEF-Luftunterstützung.¹³ Summa summarum: „Die jüngsten Aktivitäten der NATO-ISAF im südlichen Afghanistan deuten darauf hin, dass *de facto* eine Fusion der NATO-geführten ISAF-Truppen mit Operation Enduring Freedom stattgefunden hat.“¹⁴ Diese ganze Veränderung des Einsatzprofils ist die militärische Reaktion auf die Tatsache, dass das Land offensichtlich der westlichen Kontrolle zu entgleiten droht.

ISAF-NATO: Vom „Stabilitätsexport“ zur Aufstandsbekämpfung

Man ist ja vom derzeitigen Präsidenten der Vereinigten Staaten einiges gewohnt. Aber es hatte doch etwas gespenstisches, als sich George W. Bush bei seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung Ende September hinstellte und allen Ernstes die Weltgemeinschaft zur „Verteidigung der Zivilisation“ aufrief. Dies sei der „Auftrag unserer Generation“, da sich die Welt in einem „großen ideologischen Kampf“ befinde. Als Lichtblicke für die „strahlende Zukunft“, die Fuß zu fassen beginne, nannte er ausgerechnet Afghanistan und den Irak.¹⁵

So ganz ist aber nicht einmal Bushs Außenministerin Condoleezza Rice von dieser „strahlenden Zukunft“ überzeugt. Sie warnte unlängst vor einem Scheitern in Afghanistan und gab an, die Lage sei wegen der zunehmenden Gewalt „sehr schwierig.“¹⁶ Und in der Tat, „schwierig“ ist eine geradezu milde Formulierung. Deutlicher wurde ex-NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark: „Wir sind nicht dabei, zu gewinnen.“¹⁷ Auch der britische Verteidigungsminister Dan Browne musste einräumen, der massive Widerstand im Süden habe

ihn überrascht und binde „mehr unserer Anstrengungen, als wir erwartet hatten.“¹⁸

Das Auswärtige Amt malt ebenfalls ein düsteres Bild: „Die Sicherheitslage insbesondere im Süden und Südosten Afghanistans hat sich seit Ende 2005 verschärft und muss als kritisch betrachtet werden.“¹⁹ Zudem betont die Bundesregierung, dass es sich hierbei keineswegs um kurzfristige „Turbulenzen“ handelt, sondern um ein lang anhaltendes Kriegsszenario: „Im Süden und Osten Afghanistans sieht die Bundesregierung keine Anzeichen einer kurzfristigen Lageverbesserung.“²⁰ Tatsächlich scheint die Situation in Afghanistan derzeit völlig zu eskalieren, wie der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, offen einräumt: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“²¹

Allein von Januar bis Mitte September sind 158 OEF- und ISAF-Soldaten und mehr als 1.500 Afghanen bei Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr. Insgesamt ist die Zahl der Anschläge und bewaffneten Auseinandersetzungen von monatlich 5 im Jahr 2002 über 25 (Mitte 2005) auf mehr als 100 im Juli 2006 dramatisch angestiegen. Dabei zeigt sich, dass die NATO mit immer größeren Gruppen zusammenstößt, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessert.²²

Angesichts dieser Eskalation hat die ISAF nun ihre Einsatzregeln (rules of engagement), die die Kriterien für die Anwendung



bewaffneter Gewalt vorgeben, geändert. Zwar sind diese offiziell nicht bekannt, allerdings scheint es so zu sein - zumindest folgt man den Klagen der Krieg führenden - dass offensiven Aktionen lange enge Grenzen gesetzt waren. Obwohl die Kampfpraxis ohnehin schon länger anders aussieht, scheint dem nun wohl auch offiziell Rechnung getragen worden zu sein, wie eine NATO-Pressekonferenz Anfang Februar belegt: „Dass Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“²³ Solch ein Einsatzprofil hat jedoch mit einer „Wiederaufbaumission“ nichts mehr zu tun.

Auch in der Bundeswehr beklagte man sich lautstark. Angesichts der heftigen Auseinandersetzungen und der formalen Vorgabe sich defensiv zu verhalten, sagte der ISAF-Sprecher für die Nordregion, Oberstleutnant Markus Werther: „Es wäre angemessen, den Auftrag zu transformieren und zu reformieren.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass „Stabilitätsexport“ im NATO-Stil nicht ohne Krieg zu haben ist: „Der Gedanke, wir machen in Afghanistan nur Wiederaufbau und sonst nichts, kann nicht funktionieren, da werden wir an die Wand gedrückt.“ Folglich gehe es darum, so Werthers Schlussfolgerung, die Einsatzregeln hin zur offensiven Kriegsführung zu modifizieren.²⁴ Da sogar im vergleichsweise ruhigen Norden, wo sich die Bundeswehr-Einheiten aufhalten, die Lage immer gefährlicher wird, zog das Verteidigungsministerium die Notbremse: Zur „Erhöhung des Schutzes, der Durchhaltefähigkeit sowie der Effektivität“ des deutschen ISAF-Kontingentes erlies der „Führungsstab Streitkräfte“ am 15. September eine Weisung, die u.a. die Bereitstellung einer „gepanzerten Reserve“ (Schützenpanzer MARDER 1A5) zum besseren Schutz der Soldaten vor Anschlägen anordnet. Insbesondere werden dort neue Einsatzregeln zur „Erhöhung der Handlungsfreiheit der Führer vor Ort“ ausgegeben, um aktiv gegen „gewaltbereite Kräfte“ vorgehen zu können. In Ziffer 7 des Erlasses wird unter dem Titel „Rechtliche Rahmenbedingungen“ daran erinnert, dass der Einsatz militärischer Gewalt bereits dann abgedeckt sei, „wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht.“²⁵

Von der angeblichen „Friedens- und Stabilisierungsmision“, dem „Wiederaufbau“ usw. ist nicht mehr viel übrig geblieben. Der UN-Sonderbeauftragte für Afghani-

stan, Tom Koenigs, gibt an, die NATO sei in einen regelrechten „Aufstand“ verwickelt. Diesen niederzuschlagen scheint inzwischen die zentrale Aufgabe der ISAF zu sein, von einer „Friedensmission“ ist keine Rede mehr, wie NATO-Kommandeur James Jones verdeutlicht: „Die NATO wird auch weiterhin jede nötige Gewalt einsetzen, um die Aufständischen zu schlagen.“²⁶

Dass die NATO inzwischen in einen regelrechten Krieg verwickelt ist, hängt mit der irrigen Annahme zusammen, man übernehme „Stabilisierungsaufgaben“, nachdem zuvor die jeweilige Region von der OEF militärisch „befriedet“ wurde: „Die Ausweitung der NATO-ISAF auf Gebiete außerhalb Kabuls basierte ursprünglich auf der Voraussetzung, dass die US-geführte Operation Enduring Freedom den Weg für eine NATO-ISAF Stabilisierungs- und Peacekeeping-Mission zum Wiederaufbau und für ökonomische Entwicklung geebnet hat.“²⁷

Da die OEF hierzu aber keineswegs in der Lage war, ging mit der Ausweitung der ISAF-Mission auch eine dramatische Verschiebung des Aufgabenspektrums einher: „NATO-ISAF wurde ursprünglich als eine Friedensichernde Mission zur Stabilisierung eines begrenzten Gebietes um Kabul eingerichtet. Nach nunmehr fünf Jahren operiert die NATO-kontrollierte ISAF in allen afghanischen Provinzen außer denen, die sich im östlichen Teil des Landes befinden. Seit der Übernahme der Kontrolle über die südlichen Provinzen im Juli 2006 ist die NATO aktiv in Kämpfe mit Aufständischen verwickelt.“²⁸

Angesichts der zunehmend erodierenden Situation im Lande macht sich deshalb bei den US-amerikanischen Verbündeten aufgrund der - sonst selten gesehenen - Bereitschaft Washingtons, der NATO das Feld zu überlassen, der Verdacht breit, die US-Regierung wolle sich, nachdem es den Schlamassel angerichtet habe, sukzessive zurückziehen. So beklagt sich das *Handelsblatt*: „In Afghanistan hat nach dem 11. September 2001 der amerikanische ‚Krieg gegen den Terror‘ begonnen. Es darf nicht sein, dass sich die Amerikaner nun immer mehr zurückziehen und ihren Verbündeten die Schmutzarbeit überlassen.“²⁹ Ähnlichen Vorwürfen sieht sich jedoch auch die Bundesregierung ausgesetzt.

Deutschland: Kampfeinsätze im Süden?

Gerne wird von deutscher Seite die „Vorreiterrolle“ beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben: „Durch die Übernahme des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif und damit der internationalen militäri-

schen Verantwortung für die gesamte Nordregion leisten die deutschen Streitkräfte einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum ISAF-Auftrag für ganz Afghanistan.“³⁰

Allerdings sehen dies die Verbündeten völlig anders: „Der Norden, wo die Bundeswehr stationiert ist, ist verhältnismäßig ruhig. Im Süden dagegen tobt der Kampf gegen die Taliban. Seit Wochen versucht die Nato mit massiven Kampfeinsätzen die Situation dort unter Kontrolle zu bekommen. Hunderte Taliban-Kämpfer wurden getötet, unter den Todesopfern sind aber zunehmend auch Nato-Soldaten, vor allem britische und kanadische.“³¹ Noch deutlicher wird das *Handelsblatt*: „Noch wagt es niemand, das offen auszusprechen. [...] Im Süden des Landes ist der Krieg gegen die Taliban voll entbrannt. Da ist es nur eine Frage der Zeit, wann Scheffer und Jones ihre diplomatische Zurückhaltung aufgeben und noch mehr Einsatz fordern – auch und gerade von Deutschland. Denn bei Nato-Partnern wie Großbritannien oder den Niederlanden wächst der Unmut darüber, dass die Deutschen sich weigern, in gefährlichere Gebiete vorzurücken. [...] Am Nato-Sitz Brüssel macht bereits das böse Wort von der Schönwetter-Armee die Runde.“³² Auch Victoria Nuland, US-Botschafterin bei der NATO, fordert dazu auf, sich im Süden zu engagieren: „Wir bitten alle Nationen, ihre Soldaten dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden und die Einsatzbeschränkungen aufzuheben, die dafür sorgen, dass sie nicht im Süden eingesetzt werden können.“ Ebenso kritisierte NATO-Oberbefehlshaber James Jones, es gebe „ein ernsthaftes Problem mit den Einsatzbeschränkungen in Afghanistan.“³³ Der Unmut ist inzwischen so groß, dass zunehmend Klartext geredet wird: „Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist“, zitiert die *Welt* einen britischen Offizier. „Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden.“³⁴ Am direktesten äußerte sich UN-Botschafter Koenigs: „Deutschland muss unter Umständen in Kauf nehmen, auch in den Süden Afghanistans zu gehen.“³⁵

Zwar will die Bundesregierung offiziell (noch) nichts von einem umfangreichen Einsatz im Süden wissen, doch der Druck steigt derzeit massiv an. Die Möglichkeit, dass sich deutsche Truppen in großer Zahl - das Kommando Spezialkräfte operiert nach Medienberichten bereits seit längerem wieder in den am heftigsten umkämpften Regionen -³⁶ inmitten schwerster Kampfhandlungen wiederfinden werden, ist also gegeben. Dies ist umso wahrscheinlicher, da der Bundestagsbeschluss zur Verlängerung

des deutschen ISAF-Beitrags keineswegs auf die Nordregion beschränkt ist: „Darüber hinaus sind das deutsche ISAF-Kontingente, deutsche Soldaten in NATO-Stäben wie auch deutsche Anteile an NATO-Verbänden (z.B. NATO-Fernmeldebataillone) in der Lage, bei Bedarf neben dem operativen Schwerpunkt ISAF-Nordregion die ISAF-Operation zeitlich und im Umfang begrenzt in anderen Regionen zu unterstützen, sofern dies zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar ist.“³⁷ Zwar ist von einem „begrenzten Umfang“ die Rede, die Formulierung ist aber derart schwammig, dass das Mandat durchaus umfassende Kampfeinsätze ermöglichen würde: „Damit hat das ISAF-Kommando weitgehend freie Hand. Das deutsche Mandat schreibt keine erneute Anhörung des Parlaments vor, sollten solche Unterstützungsmaßnahmen nötig werden. ISAF-Kommandeur David Richards hat bereits erklärt, er habe die Freiheit, die 18.000 ISAF-Soldaten dort einzusetzen, wo es militärisch Sinn macht. Dazu hätten sich die Truppensteller bereit erklärt.“³⁸

Die traurige Praxis des „Stabilitätsexports“

Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der Afghanin Fariba Nawa, beschreibt den neoliberal ausgerichteten „Wiederaufbau“ ihres Landes: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine Hand voll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.“³⁹ Was vollmundig als „Stabilitätsexport“ angepriesen wird, erweist sich in der Praxis vielmehr als rigores Durchsetzen eigener Interessen durch die westlichen Besatzungsmächte: „Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren.“⁴⁰

Während westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die ISAF-Truppen im Land Krieg führen, stirbt die Bevölkerung gleichzeitig an Krankheit und Unterernährung. Über 70% der Afghanen sind chronisch unterernährt, besonders im Süden des Landes. Ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur 10 Prozent verfügen über elektrischen Strom.⁴¹ Während für militärische Ausgaben im Zeitraum von 2002 bis 2006 gigantische 82.5 Mrd. Dollar bezahlt wurden, belief sich die Entwick-

lungshilfe im selben Zeitraum auf jämmerliche 7.3 Mrd., ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die erdrückende Not auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass selbst diese niedrige Zahl sogar noch deutlich zu hoch angesetzt ist, denn „ein großer Teil der Entwicklungs-

hilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung.“⁴² Insgesamt beläuft sich die derart zweckentfremdete Entwicklungshilfe auf mindestens 2.2 Mrd. Dollar, während die internationale Gemeinschaft lediglich 433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme ausgibt - allein die militärischen Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich auf 460 Mio. Euro.⁴³ Zudem häufen sich Berichte, dass damit gedroht wird, humanitäre Hilfe zu entziehen, falls die jeweilige Bevölkerung vor Ort nicht adäquat mit den Besatzungstruppen kooperiert.⁴⁴ „Dieser Fokus auf sicherheitsbezogene Ausgaben zeigt, dass direkt seit 2001 die Prioritäten der US-geführten internationalen Gemeinschaft nicht mit denen der afghanischen Bevölkerung übereinstimmen.“⁴⁵

Hier liegt der eigentliche Grund für den wachsenden Widerstand im Land: „Weil der Armutsbekämpfung keine Priorität eingeräumt wurde, kollabiert der Demokratisierungsversuch während die Afghanen verhungern.“⁴⁶ Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der *Senlis Council*, ein Think Tank, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte, hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Exemplarisch für viele in der Senlis-Studie zitierten Afghanen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: „Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie



Enge Verbündete: NATO-Generalsekretär J. Scheffer mit dem afghanischen Präsidenten H. Karzai

geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten.“⁴⁷ Dies schürt den Hass gegen den Westen und verschafft sämtlichen Widerstandsgruppen, von denen die Taliban derzeit die stärksten sind, regen Zulauf. „In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie dafür ihre Familien ernähren könnten.“⁴⁸ Selbst der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan, Karl Eikenberry, räumt ein: „Wir brauchen mehr Investitionen in die afghanische Infrastruktur. Wo die Straßen aufhören, beginnen die Taliban.“⁴⁹

Afghanistan: Krieg für den Terror

Staatszerfall - so das vorherrschende Credo - könne nicht hingenommen werden, da dort Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen entstünden. Man sei deshalb schon aus Gründen der Selbstverteidigung gezwungen, Länder so lange zu stabilisieren - sprich zu besetzen -, bis sie halbwegs wieder funktionieren.

Zwar sind ohnehin erhebliche Zweifel angebracht, ob militärischer „Stabilitätsexport“ überhaupt praktikabel ist, völlig aussichtslos sind derlei Versuche aber, wenn damit eine offensichtliche Ausbeutungspolitik einhergeht, wie eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* belegt: „Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert.“⁵⁰ Da dies in Afghanistan eindeutig der Fall ist, wird mehr und

mehr Menschen bewusst, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben, weshalb sie die Besatzer lieber heute als morgen aus ihrem Land jagen wollen. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den - sicher nicht völlig zu unrecht - zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen. Inzwischen befürworten über 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer.⁵¹

„Stabilitätsexport“ durch westliche Besatzungstruppen ist zur Terrorbekämpfung gänzlich ungeeignet. Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentäter „kein religiöses, sondern ein eindeutig strategisches Ziel verfolgten: Die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Seine Schlussfolgerung ist eindeutig: „Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besetzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließen, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns richten.“⁵²

So ist nicht nur die Besetzung des Irak Wasser auf die Mühlen des Terrorismus, wie von den US-Geheimdiensten inzwischen offiziell eingestanden wird,⁵³ sondern auch der westliche „Stabilitätsexport“ in Afghanistan. Da keine Bereitschaft besteht grundlegend umzusteuern indem die Bekämpfung der Armut - dem Hauptgrund für das Scheitern von Staaten - ins Zentrum effektiver Sicherheitspolitik gerückt wird, bleibt nichts anderes übrig, als immer häufiger auf das Militär zurückzugreifen. Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer nur folgerichtig, „dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern vielleicht die Regel.“⁵⁴ Da man hierfür buchstäblich gerüstet sein will, werden derzeit umfassende Umstrukturierungen der Allianz gefordert.

Die NATO als globale Besatzungsgruppe

Da der Einsatz in Afghanistan als prototypisch für die künftig anvisierten Kriegseinsätze gilt, würde sein Scheitern aus Sicht

der westlichen Strategen eine existenzielle Bedrohung des Bündnisses darstellen. Hierdurch wäre jegliche weitere „Stabilisierungsmaßnahme“ zur Aufrechterhaltung einer neoliberalen, ausbeuterischen Weltordnung von vorneherein diskreditiert: „In einer Welt, die im Wesentlichen von den Industriedemokratien am Laufen gehalten und dominiert wird, wird ein anhaltendes Versagen, solchen Konflikten zu begegnen, nicht nur ihre moralische Integrität schwächen, sondern ihre internationale Legitimität als globale Führer untergraben.“⁵⁵

Da eine Abkehr von der westlichen Interessenspolitik nicht zur Debatte steht, wird gefordert, die Kapazitäten für solche Einsätze zu verbessern. Es geht darum, Systemadministrationstruppen zur mühsamen Stabilisierung einer permanent Krisen und Kriege produzierenden Weltordnung aufzubauen, so der Konsens sowohl in Brüssel, als auch in Washington. Beispielhaft betont der einflussreiche Francis Fukuyama: „Auf jeden Fall wird die Kunst des Staatenbaus eine Schlüsselkomponente der nationalen Macht und genauso wichtig wie die Fähigkeit sein, traditionellere Militärgewalt zur Aufrechterhaltung der Weltordnung einzusetzen.“⁵⁶ Da diese Fähigkeit unter allen Umständen unter Beweis gestellt werden muss, gehe es deshalb in Afghanistan „um die Glaubwürdigkeit der Nato“, so der britische Verteidigungsminister Dan Browne. Tom Koenigs unterstützt ihn mit den Worten, es gelte zu verhindern, „dass die Nato sich hier in Afghanistan als Papiertiger entpuppt.“⁵⁷ Am klarsten fasst Ronald Naumann, US-Botschafter in Afghanistan, die Situation zusammen: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“⁵⁸ Afghanistan wird so zum Gradmesser, ob die NATO auch im 21. Jhd. in der Lage sein wird, als militärischer Arm der westlichen Interessenspolitik zu agieren: „Krisengebiet - im doppelten Wortsinne - ist Afghanistan. Am Hindukusch wird sich nicht nur das Schicksal des Landes entscheiden, sondern auch die Frage, ob die NATO ihren Wandel zur weltweit einsetzbaren Stabilisierungskraft und damit zum Dreh- und Angelpunkt in der globalen Sicherheitslandschaft meistern wird.“⁵⁹

Aus diesem Grund fordern Hans Binnendijk und Richard Kugler, zwei prominente Pentagon-Experten, die NATO müsse zu einer „Stabilisierungs- und Wiederaufbaugruppe“ werden. Ähnlich äußerte sich der kurzzeitig von Bush mit dem „Wiederaufbau“ Afghanistans betraute James Dobbins im Hausblatt der Allianz, dem *NATO-*

Review. Der vielsagende Titel: „Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen.“ Konsequenterweise fordert dann auch der im Februar 2006 erschienene *Quadrennial Defense Review Report* (QDR) des Pentagon den „Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten.“⁶⁰ Am bislang weitesten geht der ebenfalls unlängst im *NATO-Review* erschienene Vorschlag von Christoph Bertram. Zunächst stellt er fest, dass „Stabilitätsexport“ zur Kernaufgabe der NATO geworden ist: „jede Zukunftsprognose deutet darauf hin, dass der Bedarf an dieser Art von Aktivität zunehmen wird.“ Aus Gründen der „politischen Korrektheit“ werde aber weiterhin der Verteidigungsauftrag betont: „Anstatt dass die NATO den ganz offensichtlichen Änderungen des strategischen Umfelds Rechnung trägt, ist sie durch das Erfordernis der politischen Korrektheit an die Maxime des Strategischen Konzepts von 1999 gebunden, wonach die Aufrechterhaltung eines angemessenen militärischen Dispositivs und die eindeutige Bereitschaft zu kollektivem Vorgehen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung weiterhin für die Sicherheitsziele des Bündnisses von zentraler Bedeutung sind.“ Die zunehmende Ausrichtung der Allianz zur Kriegsführung müsse, so Bertram, nun auf eine neue Stufe gehoben werden: „Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Anpassung an neue Gegebenheiten unter Beweis gestellt. Als nächster Schritt ist nun erforderlich, dass sie Stabilisierungsaufgaben zu ihrem Hauptauftrag erklärt.“⁶¹

Bereitwillig griff der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung diese Vorschläge Ende September auf: „Wir brauchen in der Nato-Strategie eine Veränderung.“ Auf dem im November stattfindenden nächsten NATO-Gipfel müsse es nun darum gehen, Sicherheitspolitik mit Entwicklungshilfe und politischer Aufbauarbeit zu vernetzen.⁶² Letztlich zielt dieser Vorschlag darauf ab, eine in sich kohärente Besatzungspolitik zu konzipieren und alle zur Verfügung stehenden Instrumente auf die politischen Ziele und Interessen der NATO-Staaten zu fokussieren. Es sieht offensichtlich so aus, als steuere man innerhalb der NATO darauf zu, nicht eines, sondern viele Afghanistans zu schaffen.

Anmerkungen

¹ Bonse, Eric: In der Kampfzone, Handelsblatt, 13.09.2006.

² Beeston, Richard: Nato is fighting for its future, The Times Online, 14.09.2006.

³ Clark, Wesley: What We Must Do Now, Newsweek, 02.10.2006.

⁴ Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/2380, 09.08.2006, S. 11.

⁵ Vgl. Gallis, Paul: NATO in Afghanistan: A Test of the Transatlantic Alliance, Congressional Research Service, August 22, 2006, S. 7f.

⁶ Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 16/1960, 23.06.2006, S. 1.

⁷ Nato-Soldaten sterben bei Anschlag, Stern.de, 18.09.2006.

⁸ NATO agrees to ISAF expansion across Afghanistan, NATO Update, 29.09.2006.

⁹ Pflüger, Tobias: Kennen Sie Usbekistan?, in: AUS-DRUCK (Februar 2005), S. 18.

¹⁰ Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006, S. 38.

¹¹ Antwort der Bundesregierung aaO., S. 11.

¹² Ebd., S. 7.

¹³ Vgl. Senlis Council aaO., S. 32ff.; Gallis aaO., S. 9f.

¹⁴ Senlis Council aaO., S. 38.

¹⁵ President Bush Addresses United Nations General Assembly United Nations, New York 19.09.2006.

¹⁶ Rice warnt vor Scheitern der Afghanistan-Mission, Spiegel.de, 13.09.2006.

¹⁷ Clark aaO.

¹⁸ „Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato“, Tagesspiegel.de, 19.09.2006.

¹⁹ Auswärtiges Amt: Bundesregierung legt überarbeitetes Afghanistankonzept vor, Pressemitteilung, 14.09.2006.

²⁰ Antwort der Bundesregierung aaO., S. 3.

²¹ Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.

²² Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, McClatchy Newspapers, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, UPI, 30.06.2006; Senlis Council aaO., S. 59.

²³ Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

²⁴ Petersen, Britta u.a.: Bundeswehr will präventiv zuschlagen, Financial Times Deutschland, 12.07.2006.

²⁵ ISAF (D): Augenblick, Geopowers.com, 22.09.2006.

²⁶ Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.

²⁷ Senlis Council aaO., S. 27.

²⁸ Ebd., S. 24.

²⁹ Bonse aaO.

³⁰ Deutscher Bundestag, Antrag der Bundesregierung, Drucksache 16/2573, 13.09.2006, S. 3.

³¹ Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.

³² Bonse aaO.

³³ Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.

³⁴ Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.

³⁵ Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.

³⁶ KSK wieder in Afghanistan, ntv, 13.09.2006.

³⁷ Antrag der Bundesregierung aaO., S. 3.

³⁸ Bundeswehr in Afghanistan Einsatz im ganzen Land möglich, ntv, 29.08.2006.

³⁹ Fariba Nawa, Afghanistan Inc., Oakland 2006, S. 28.

⁴⁰ Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUS-DRUCK (Februar 2006), S. 15.

⁴¹ Senlis Council aaO., S. 81.

⁴² Ebd., S. 203.

⁴³ Ebd., S. 209.

⁴⁴ Haydt aaO., S. 17.

⁴⁵ Senlis Council, S. 191.

⁴⁶ Ebd., S. 192.

⁴⁷ Ebd., S. 21.

⁴⁸ Ebd., S. 11.

⁴⁹ Moreau, Ron u.a.: The Rise of Jihadistan, News-

week, 02.10.2006.

⁵⁰ Pei, Minxin: Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment Policy Brief 24 (May 2003), S. 6.

⁵¹ Senlis Council aaO., S. vi.

⁵² Pape, Robert: The Logic of Suicide Terrorism, The American Conservative, 18.07.2005; Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, American Political Science Review Vol. 97, No. 3, S. 343-361.

⁵³ Kilian, Martin: US-Geheimdienste widersprechen Bush, Tagesanzeiger, 25.09.2006.

⁵⁴ Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.

⁵⁵ O'Hanlon, Michael/Singer, Peter: The Humanitarian Transformation, in: Survival, Vol. 46, Issue 1, (Spring 2004), S. 77f.

⁵⁶ Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006, S. 170.

⁵⁷ „Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato“, Tagesspiegel.de, 19.09.2006; Petersen aaO.

⁵⁸ „Nicht gleich zum Feigling werden“, Spiegel 39/2006.

⁵⁹ Seegers, Sabine: Schlappes Bündnis, Schwäbisches Tagblatt, 29.09.06.

⁶⁰ QDR 2006, 06.02.2006, S. 83; Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: Needed - A NATO Stabilization and Reconstruction Force, Defense Horizons No. 45 (September 2004); Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005).

⁶¹ Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006).

⁶² Tiesenhausen, Friederike von: Jung ruft die Nato zu Strategiewechsel auf, Financial Times Deutschland, 19.09.2006.

Spangdahlem: Attack and Destroy: Attackieren und Zerstören!

Glück gehabt! Das meint der Kommentar von Rolf Seyditz des Trierischen Volksfreundes zum Absturz der auf dem US-Kriegsflughafen Spangdahlem stationierten F-16, die beinahe auf Oberkail (Kreis Bitburg-Prüm) abgestürzt wäre. Nein, so verhält es sich nicht. Das Leitmotiv für die US-Airbase Spangdahlem lautet: Attack and Destroy! Von Spangdahlem aus sind in den letzten Jahren die Angriffe auf Serbien sowie auf den Irak geflogen worden.

Es war Glück, dass der Pilot sich retten konnte und ansonsten niemand zu Schaden kam - trotzdem sollte der Absturz nicht verharmlost werden: Das Kampfflugzeug hatte das hochgiftige Hydrazin an Bord, welches jetzt an die Umwelt gelangen kann und Mensch und Umwelt gefährdet! Dieser Absturz verdeutlicht mal wieder die tägliche Gefahr und Schädigung von Mensch und Umwelt durch den Kriegsflughafen Spangdahlem. Der Kriegsflughafen wird von Land und Bund unterstützt, womit auch seine Funktion weltweite völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zu führen, unterstützt wird.

Die Anwohner des Kriegsflughafens leiden täglich unter den Kriegsübungen

durch Tiefflüge, Abgase und Lärm. Die AG Frieden fordert zivile Konfliktbearbeitung und Konversion statt den Kriegsflughafen mit Millionenbeträgen zu subventionieren und zu verharmlosen.

Der Betrieb von Ramstein und Spangdahlem belastet die Bevölkerung und die Natur in der Umgebung tagtäglich mit Lärm und Schadstoffen. Der NATO-Treibstoff JP-8 steht sogar im Verdacht, Krebs, Erbgutschädigungen und MCS (Multiple Chemikalien-Sensibilität) auszulösen. Mit dem Ausbau der Airbase werden die Gesundheits- und Umweltschädigungen noch erheblich zunehmen. Im Umfeld von Ramstein (z.B. Miesau und Rodenbach) lagern Atomsprenköpfe, Uranmunition (DU), Clusterbomben und Landminen.

Die Existenz und der Einsatz solcher Waffen sind verabscheuenswert, aber auch die Auswirkungen, die etwa ein Flugzeugabsturz oder ein Terroranschlag auf diese Depots für unsere Region hätte, sind nicht auszudenken. In Büchel übt zudem die Bundeswehr den Einsatz der dort lagernden Atomwaffen, dies wird als völkerrechtswidrige nukleare Teilhabe kritisiert.

Der Ausbau der Militär-Stützpunkte wird von Bund und Land finanziell gefördert und wenn nötig mit Enteignungen durchgesetzt. In Ramstein wurde mit der Abholzung und Naturzerstörung trotz 13.000 Einwendungen schon begonnen, in Spangdahlem ist sie gegen Protest und Klagen mit Enteignungen durchgesetzt worden.

Die Militärbasen in Ramstein und Spangdahlem werden entsprechend der neuen Präventivkriegs-Strategie der USA ausgebaut. Diese entbehrt jeder völkerrechtlichen Legitimation und beinhaltet sogar den Einsatz so genannter Mini-Atombomben. Aber auch die Europäische Union und die Bundeswehr rüsten sich für weltweite Kampfeinsätze. So beinhaltet zum Beispiel der aktuelle Entwurf für eine EU-Verfassung eine Aufrüstungsverpflichtung. Nicht mehr die unmittelbare Landesverteidigung ist das Ziel, sondern die Möglichkeit weltweiter „Interventionen“ zur Wahrung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Markus Pflüger

antimilitaristische rundschau*

Frieden schaffen mit Waffen I

Der südafrikanische Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota listete gegenüber der Zeitung „Business Day“ auf, wie viele Waffen seinen Soldaten im Rahmen von UN- und AU-Friedensmissionen in letzter Zeit „abhanden“ kamen: 50.000 Schuss Munition, 97 Mörser-Granaten, 46 R-4-Sturmgewehre, drei leichte MG's, zwei Pistolen und zwei Granaten, außerdem Funkgeräte und Kampfanzüge. Die Ausrüstung, mit der laut der Zeitung „ein kleiner Krieg“ geführt werden könnte, wurde in Sudan, Burundi und der DRC von Bewaffneten erbeutet. Im einen Falle seien die Soldaten in einen Hinterhalt gelockt worden, im anderen die Milizionäre unter einem Zaun hindurch in ein Militärlager eingedrungen.

Frieden schaffen mit Waffen II

Auch in der Hauptstadt der DRC, Kinshasa, ist Kriegsmaterial unter den Augen der internationalen Truppen verschwunden. Besondere Sorge bereiten der europäischen Truppe vor Ort zwanzig russische Truppentransporter sowie neun russische T-55-Panzer, die unmittelbar vor den Wahlen Ende Juli geliefert wurden, aber die von UN und EU aufgebaute nationale Armee FARDC nie erreichten. Es wird vermutet, dass sie, ebenso wie eine Munitionslieferung Ende August, versehentlich an die Präsidentengarde Kabilas gingen. Nach beiden Lieferungen wird seit dem fieberhaft aber erfolglos gesucht, da sie nach den Stichwahlen zum Einsatz kommen könnten. Die EU-Truppen dementierten überdies nicht Berichte, Luftabwehr angefordert zu haben. Zwar verfügt in der DRC außer den internationalen Truppen nur die FARDC über Kampfflugzeuge, die Luftwaffe gilt jedoch als Kabila-treu.

KSK in Afghanistan

Kurz nachdem der Bundestag am 28.9.2006 das Afghanistan-Mandat erneut um 12 Monate verlängert hat, erfuhren die Abgeordneten aus dem Spiegel, dass die Bundeswehr dort mit Helikoptern und Transportern bereits sechzig Einsätze zur Unterstützung der Kampfeinsätze der USA im Südosten geflogen hätte. Daraufhin bestätigte die Bundeswehr auch, dass das KSK in Afghanistan wieder im „Krieg gegen den Terror“ eingesetzt werde, wie dies die

BILD-Zeitung bereits am 13.09.2006 meldete. Die Einsätze des KSK sind grundsätzlich geheim und bedürfen faktisch keiner Zustimmung durch das Parlament.

Lektion in Sachen Menschenrechte

Unmittelbar nachdem die spanische Regierung ein härteres Vorgehen gegen die illegale Einwanderung über die Kanaren und die Abschiebung tausender AfrikanerInnen ankündigte, brüskierte die Regierung Senegals Spanien ein weiteres Mal. Als bereits zwei Flugzeuge mit ImmigrantInnen auf dem Flughafen Fuerteventura Richtung Senegal startklar waren, verhinderte Senegal die Abschiebungen in letzter Minute, indem es „aus technischen Gründen“ die Landegenehmigung in Dakar entzog. Bereits Anfang Juni hatte die Regierung Senegals nach der ersten Abschiebung die Kooperation vorläufig beendet und gegen die EU wegen Verletzung von Menschenrechten protestiert. Die Afrikaner waren während des Fluges gefesselt, die Fenster der Maschine abgedunkelt und als Ziel fälschlicherweise das spanische Festland angegeben worden. Senegal will dadurch natürlich vor allem größere Zahlungen und Lieferung von Sicherheitstechnologie durch die EU erreichen, steht aber auch innenpolitisch unter Druck: Viele der Einwanderer auf den Kanaren stammen aus Senegal und die Überfahrten sind ein relativ einträgliches Geschäft für die senegalesischen Fischer, deren Gründe gegenwärtig von aus EU-Mitteln subventionierten schwimmenden Konservenfabriken leergefischt werden.

Aufstandsbekämpfung in Mexiko

Nach einer blutigen Repressionswelle und im Kontext der landesweiten Proteste wegen Wahlbetrugs in Mexiko setzte die Bevölkerung des Bundesstaates Oaxaca Anfang Juli ihren Gouverneur ab, besetzte verschiedene Rundfunk und Fernsehsender, vernetzte sich mit den Zapatistas und startete einen Marsch auf die Hauptstadt. Die Polizei stürmte im August einen der besetzten TV-Sender, schoss dabei auf Demonstranten und verübte mehrere Anschläge, für die sie teilweise die APPO, der Versammlung der Bewohner Oaxacas, verantwortlich machen wollte. Seit Anfang September das Wahlge-

richt die Konservativen zum Sieger erklärte, wird Militär in die Region verlegt, Anfang Oktober kreisen verstärkt Militärhubschrauber über dem Gebiet. Die Bewohner erwarten einen militärischen Angriff und verstärken die Barrikaden. Sie lehnen eine militärische Verteidigung jedoch ab.

Freispruch

Der Anmelder der Demonstration gegen die Abschlussveranstaltung der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr Ende letzten Jahres wurde am 13.09.2006 freigesprochen. Etwa 250 AntimilitaristInnen hatten das Gelöbnis durch Rufe und Musik empfindlich gestört, woraufhin die Polizei in Absprache mit Bundeswehr und Stadtverwaltung die Kundgebung angriff und den Generator der Lautsprecheranlage beschlagnahmte. Überdies erging ein Strafbefehl über 1400€ wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz an den Anmelder. Dieser konnte sich nach eingeletem Widerspruch im Prozess mit etwa 30 UnterstützerInnen freuen, dass selbst die Staatsanwaltschaft Freispruch forderte, die Richterin das Vorgehen der Behörden als dilettantisch und den Polizeieinsatz als rechtswidrig erklärte.

Klage gegen Friedensaktivist

Weil Gerald Oberansmayr, Mitarbeiter der Werkstatt für Frieden und Solidarität in Linz, die Treibacher Industrie AG mit illegalen Geschäften in der DRC und Zahlungen an Milizen in Verbindung brachte, hat die Treibacher Industrie AG den Aktivist verklagt. Das Unternehmen (Treibacher Industrie AG) gehört nach eigenen Angaben zu den „international führenden auf dem Gebiet von Chemie und Metallurgie“ und agiert „[v]on der Mitte Europas aus [...] weltweit“. Es handelt mit seltenen Erden und Chemikalien. Der Name dieses Unternehmens lautet Treibacher Industrie AG. Die Treibacher Industrie AG soll in die illegale Ausbeutung von Rohstoffen im Kongo verstrickt sein.

PKK erklärt Waffenstillstand

Nachdem in den letzten Monaten zahlreiche Anschläge, die der PKK zugeordnet wurden, über 70 türkische Sicherheitskräfte und einige Touristen das Leben gekostet hatten, erklärte die PKK Ende September gegenüber der Türkei einen einseitigen

Waffenstillstand. Die Organisation werde nur noch zu den Waffen greifen, wenn sie unmittelbar angegriffen würde. Sie folgt damit einem Aufruf des inhaftierten Abdullah Öcalan. Darin schreibt er, dass das endgültige Ziel mit Gewalt nicht zu erreichen wäre. Wenn die Türkei die Kurdenfrage anerkennen und verhandeln würde, könne sie sich zu einer Demokratie entwickeln und als Modell für den gesamten Mittleren Osten wirken. Auch der irakische „Präsident“ Talabani warb zuvor für einen solchen Schritt. Mit Blick auf die am 3. Oktober beginnenden Beitrittsverhandlungen der Türkei bezeichnete der legale Flügel der PKK die Kurdenfrage auch als europäisches Thema. Großen Raum nahm die Waffenstillstandserklärung beim Treffen zwischen Bush und Erdogan am 1. Oktober ein. Hier sprach sich Bush für einen EU-Beitritt der Türkei aus und versprach, Waffenlieferungen aus dem Nordirak an die PKK zu unterbinden. Es wird außerdem vermutet, dass die USA Druck auf die PKK ausgeübt hätten, im Gegenzug zur faktischen Gründung eines Kurdenstaats im Nordirak, die Waffen niederzulegen um damit ein Engagement der Türkei im Libanon zu erreichen. Erdogan ignorierte den Waffenstillstand der PKK zunächst wie üblich, da es sich bei der Kurdenorganisation um keinen Staat sondern um Terroristen handele. Später äußerte er jedoch, man werde vorerst keine Aktionen gegen die PKK durchführen und prüfen, ob das Angebot ernst zu nehmend sei. Die PKK hatte bereits mehrfach einseitig den Waffenstillstand erklärt, war damit aber zuvor offiziell völlig von der Regierung ignoriert und daraufhin vom türkischen Militär angegriffen worden.

LRA-Soldaten kehren heim

Am 29. August ist ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der ugandischen Regierung und der Lords Resistance Army in Kraft getreten. Den Oktober über bewegten sich über tausend Kämpfer der für ihre Brutalität und insbesondere für Entführungen berüchtigten Armee in zwei Sammellager im Südsudan. Außerdem wurden viele Entführte freigelassen. Laut Caritas haben sich auch schon viele Menschen aus den Flüchtlingslagern, die teilweise seit Beginn des Konfliktes dort ausharrten, auf den Weg in ihre Heimatdörfer gemacht. Internationale Beobachter berichten von einer großen Ver-

söhnungsbereitschaft unter der ansässigen Bevölkerung. Der Guerilla-Krieg hat fast zwanzig Jahre gedauert und ein Großteil der heutigen Soldaten setzt sich aus früheren Entführungsoptionen zusammen. Als Hindernis im Friedensprozess gelten die Haftbefehle des internationalen Strafgerichtshofes in den Haag gegen die Führung der LRA, die aus Angst vor einer Verhaftung nicht persönlich an den Friedensverhandlungen in Juba (Südsudan) teilnimmt und sich stattdessen auf das Gebiet der DRC zurückgezogen hat. Für eine völlige Auflösung der Miliz, deren Stärke unbekannt ist, scheint eine Amnestie unausweichlich. Vertreter des Acholi-Volkes, das am meisten unter der LRA gelitten hat und dem auch deren Führer Kony angehört, schlugen vor, stattdessen traditionelle Versöhnungs- und Schlichtungsriten durchzuführen. Ende September jedoch kam der Friedensprozess ins Stocken, angeblich weil Soldaten Ugandas die Sammellager umstellten hätten, verschwand ein großer Teil der LRA-Kämpfer wieder.

Unmut über militärische Vereinnahmung

Brot für die Welt, Welthungerhilfe, terre des hommes, medico international und Misereor gründeten gemeinsam in Folge der Tsunami-Katastrophe das „Bündnis Entwicklung hilft“ mit dem Ziel der „Bekämpfung der Ursachen von Not und Konflikten und nicht allein deren Milderung.“ Aus diesem umfassenden Ansatz geht auch eine verstärkte Kritik an einer Vereinnahmung humanitärer Hilfe und Entwicklungsarbeit durch militärische Akteure und sicherheitspolitische Überlegungen hervor, die nach Angaben des Bündnisses dazu führe, dass „Helfer und ausländische Soldaten in der Wahrnehmung der Menschen immer mehr verschmelzen.“ Die Folge seien „Angriffe mit Dutzenden von Toten vor allem unter den einheimischen Mitarbeitern der Hilfswerke.“ Ein Eintreten für friedliche Konfliktlösungen und Menschenrechte - originäre Aufgaben humanitärer Organisationen - werde von Seiten der Staaten hingegen immer mehr mit der Unterstützung von Terroristen gleichgestellt. Gerade seit dem 11. September 2001 sei es nötig, „Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Partnern zu leisten. Die

Dominanz westlicher Gesellschaftsbilder müsse vermieden werden, weil das Gefühl der Unterlegenheit vieler Menschen in Entwicklungsländern noch verstärkt werde.“ Das führe unweigerlich zu Gegenreaktionen, so ein Sprecher in einer Erklärung des Bündnisses vom 08.09.2006.

G8 und Krieg

Im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm gibt es einen Aktionstag am Flughafen Rostock-Laage. Dieser wird nicht nur im Rahmen des Gipfels den Politikern als Infrastruktur dienen, sondern spielt auch bei der deutschen Aufrüstung eine bedeutende Rolle. Gegenwärtig wird er unter anderem mit Mitteln aus dem so genannten Solidaritätszuschlag ausgebaut und dient der Stationierung der Eurofighter des Jagdgeschwaders 73 („Steinhoff“), das für den Einsatz im Rahmen der Krisenreaktionskräfte vorgesehen ist. Vorgesehen ist er überdies als Startbahn für Flugzeuge, die im Gelände der Kyritz-Ruppiner Heide („Bombodrom“) zukünftig Luft-Boden-Schießübungen durchführen sollen. Der Aktionstag wird vermutlich am 5. Juni 2006 stattfinden, im Internet kursieren Aufrufe zur Besetzung des Flughafens.

Blankoscheck für Folter und Kriegsverbrechen

Ende September billigten US-Senat und Repräsentantenhaus das von der Bush-Administration vorgelegte neue „Anti-Terrorgesetz“. Es erlaubt der Regierung, Verdächtige vor Militärtribunale anstatt vor ordentliche Gerichte zu stellen und verbietet lediglich „ernste Brüche“ der Genfer Konvention. Da dies allerdings nicht näher beschrieben wird und der Präsident in letzter Instanz über die Auslegung und Anwendung der Genfer Konvention entscheiden kann, wird hierdurch indirekt Folter als Verhörmethode ermöglicht. Zumal Verdächtige keine Rechtsmittel gegen eine mögliche Verletzung der Genfer Konvention einlegen dürfen. Der größte Hammer: Das Gesetz sieht vor, dass weder Regierung noch Regierungsangestellte für Verbrechen gegen im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ Verhaftete Personen belangt werden dürfen.

„Staat im Krieg - Krieg im Staat“

Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt“

Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisation e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem uferlosen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.

Nachdem sich der IMI-Kongress im letzten Jahr mit der zunehmenden Unterordnung vormals rein ziviler Aspekte unter das Diktat militärisch-strategischer Interessenswahrung auseinandersetzte, möchte die IMI in diesem Jahr in diese Richtung weitergehen. Dass und wie dieser Militarismus letztlich als Bumerang in Form von Bundeswehreinräumungen im Inneren und der Einschränkung demokratischer Rechte zurückkehrt, gilt es dabei aufzuzeigen, weshalb der Titel des IMI-Kongresses auch lautet:

„Staat im Krieg - Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt“

Dem Kongress vorausgehen wird am Freitagabend eine multimediale Auftaktveranstaltung (Ort: vermutlich Schellingstraße 6: 21-23h). Zwischen Kurzvorträgen werden hier Filmsequenzen gezeigt, die den Einsatz von Militär gegen die Bevölkerung demonstrieren.

Für Verpflegung zwischen den Pausen wird gesorgt. Informationen zur Anreise, Übernachtungsmöglichkeiten etc. werden wir in Kürze herumschicken.

Auf Wunsch versuchen wir private Übernachtungsmöglichkeiten zu organisieren (Schlafsack erforderlich).

Wer weitere Informationen zum Kongress haben möchte kann sich gerne im IMI-Büro melden: 07071-49154

Programm:

Samstag 18. November:

Wie der Krieg in die Welt kommt

12h-12h15 Begrüßung

12h15-13h45

Tobias Pflüger:

Demokratie und Kriegszustand

14h-15h30

Jürgen Wagner:

Neoliberaler Kolonialismus: Der Westen auf dem Weg zu Besetzung der Welt

16h-17h30

Martin Hantke

Kriegsökonomie und ihre Profiteure: Die Beispiele Afghanistan und Kongo

19h-21h

Gregor Schirmer:

Macht macht (Völker)Recht: Die UNO als Erfüllungsgelhilfe westlicher Kriegspolitik

Sonntag 19. November:

Wie der Krieg nach Hause kommt

10h-11h

Christoph Marischka:

ZivilistInnen im Fadenkreuz I: Militärische Migrationskontrolle

11h15-12h15

Claudia Haydt:

ZivilistInnen im Fadenkreuz II: Polizeisoldaten: Die Militarisation der Polizei

12h30-14h

Ulla Jelpke:

ZivilistInnen im Fadenkreuz III: Bundeswehr im Inneren

im Anschluss Abschlussdiskussion bis ca. 15h

IMI-Kongress 2006

Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt.

Staat im Krieg im Staat



18./19. November 2006
Tübingen

Alten- und Begegnungsstätte Hirsch
Hirschgasse 9

IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154